

Bezugspreis:

Wöchentlich 85 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Oesterreich, Estland, Litauen, Lettland wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen wertbeständige Rohlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2307

Mittwoch, den 30. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkshilfskonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Postsparkasse, Postfach 100, Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Komparativanzeige 0,70 Goldmark, Kleinanzeigen 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Letztgedruckten Wort 0,20 Goldmark (schließen zwei Zeilen ab). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,23.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schluß von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Aufbaupanama in Frankreich.

Erregte Kammerdebatte.

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Fortsetzung der Kammerdebatte über die Finanzgesetze der Regierung hat am Dienstag eine interessante Wendung genommen. Abg. Degrès brachte die gewaltigen Unterschleife in den zerstörten Gebieten zur Sprache und erklärte, daß man dem Lande unendlich die Kosten neuer Steuern auferlegen könne, während man den Kriegsgewinnern in den besetzten Gebieten gestalte, den Staat um ungezählte Milliarden zu betrügen. — Die Nachmittags-Sitzung vom Dienstag gab dem sozialistischen Abg. Ingels, der als Erster den Riesenandal in den zerstörten Gebieten aufgedeckt hat, Gelegenheit, sein erdrückendes Material vor der Kammer zu entwickeln und nachzuweisen, daß in der Tat das Defizit im Budget mehr als gedeckt werden könnte, wenn die Regierung die Rückforderung der betrügerisch erhobenen Entschädigungen mit Energie betreiben würde.

Über den Verlauf der Kammerdebatte wird uns noch berichtet: Abg. Degrès vertrat einen Gegenvorschlag, der eine Revision sämtlicher Wiederaufbauentschädigungen von mehr als 500 000 Fr. in den Mittelpunkt der Finanzrevision stellt. Alle widerrechtlich erlangten Summen sollen sofort der Staatskasse verfallen, unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung der über Gebühr Entschädigten. Der Antrag verlangt die Abwicklung des Wiederaufbauministeriums bis Ende 1923, die möglichst baldige Entlassung von 200 Beamten des Wiederaufbauministeriums und dessen sofortige Vereinigung mit dem Finanzministerium. Er fordert schließlich scharfe Bestrafung der Landwirte. Obwohl er überzeugt sei, sagte der Abgeordnete, daß Poincaré die Verordnungsorgane nicht mißbrauchen werde, könne er als entschiedener Republikaner zu einer so weitgehenden Beseitigung der parlamentarischen Kontrolle nicht die Hand bieten.

Die anschließende Debatte, an der sich Wiederaufbauminister Reibel, Loucheur und andere Abgeordnete aus den besetzten Gebieten beteiligten, hat in der Hauptsache die Mißbräuche bei der Berechnung der Wiederaufbauentschädigungen zum Gegenstand und läßt den Regierungsvorschlag in den Hintergrund treten.

In der Nachmittags-Sitzung erinnerte Ingels daran, daß er seit drei Jahren unablässig diesen Skandal auf der Kammertribüne zur Sprache gebracht habe. Dem Staat seien fünf Milliarden gestohlen worden, und das habe die Wahrung Frankreichs ruiniert. Er habe oft genug dem Ministerium für die zerstörten Gebiete alle diese Mißbräuche mitgeteilt, aber dieses

Ministerium scheint ein Kirchhof für alle Mißbräuche und die Kommission für die zerstörten Gebiete ein Massengrab für Skandale zu sein.

Er hütete der Kommission die Akten von 14 verschiedenen Fällen unterbreitet, ohne beachtet zu werden; jetzt sei jedoch in einem Fall, nämlich Louron, ein scharfes Urteil gefällt worden. (Cachin [komm.]: Und diesen Herrn hat der Minister hier noch öffentlich verteidigt!) Der Redner führte alsdann noch ähnliche Fälle an, bei denen man ihm keinen Glauben geschenkt, jetzt aber scharfe Urteile gefällt habe. In gewissen Fällen habe das Ministerium sogar dem Berichterstatter der Kommission falsche Zahlen unterbreitet. Parlamentarier hätten zugunsten von Geschädigten, die ihre Schäden betrügerisch angaben, interveniert. (Stimmen auf der Rechten: Wer denn zum Beispiel?) Abg. Ingels nennt den Namen eines Abgeordneten und sagt gegenüber Zurlen: Ich vollziehe hier ein Werk der Gerechtigkeit. (Beifall.) Der Redner fährt fort: Das einzige Mitglied des Ausschusses, das keinerlei Anwesenheit war, als man in den oben erwähnten Fällen die Höhe der Abstandssummen feststellte, ist heute wegen anderer

Vergehen mit Gefängnis bestraft worden. (Zurufe und starke Bewegung. — Cachin ruft: Alles das hat der Minister gesagt. — Minister Reibel: Jeder Mißbrauch ist geahndet worden. Die Mehrzahl der Skandale, die Abg. Ingels vorbringt, sind in Wirklichkeit gar keine. — Neue stürmische Zurufe, Beifall rechts. — Der sozialistische Abg. Corard ruft: Ich möchte doch einmal die Personalakten von denen kennen lernen, die da drüben klaischen. Von diesen sind auch die meisten „große Kriegsgeschädigte“. — Zurufe rechts: „Meine Personalakten stehen zu Ihrer Verfügung“ und „Ich bin sicher nicht durch den Krieg reicher geworden. Ich habe meine beiden Söhne verloren.“ — Erbharter Beifall.)

Abg. Ingels schildert den Eindruck, den diese verschiedenen Skandale in Lille auf die Kommission gemacht hätten. Weiter verbergen sich hinter diesen Skandalen große politische Einflüsse. (Zurufe: Welche?) Der des Herrn Loucheur! (Zurufe, stürmischer Lärm, Bewegung und Unterbrechung. — Der Sozialist Baron ruft: Fahren Sie fort, Ingels, schlagen Sie ihm den Kegel nur ordentlich in den Kopf! — Stimmen rechts und im Zentrum: Dem denn? — Baron: Na Ihnen! — Der Rechtsrepublikaner Villensau protestiert: der Minister sei nicht für die Mißbräuche verantwortlich. Die Regierung würde keine Schonung kennen und es sei unerklärlich, daß ein sozialistischer Abgeordneter dem Finanzminister anbauend von der Tribüne aus seine Fehler vorwerfe und daß Ingels nun schon zum vierten Male dem Minister für die besetzten Gebiete eine Lehre gebe. — Beifall und Bewegung.)

Abg. Ingels: Es ist nicht mein Fehler, wenn die Skandale, über die ich seit 1920 andauernd gesprochen habe, noch nicht bestraft sind. (Lebhafte Zurufe links.) Der Redner berichtet über weitere Fälle von betrügerischen Angaben über die Kriegsschulden. (Cachin: Kann denn der Präsident der Unterkommission Fougère nicht einige Angaben über seine Untersuchung machen? — Fougère antwortet, sie sei schwierig und noch nicht abgeschlossen. Aber er könne bereits jetzt sagen, daß der

Minister für die besetzten Gebiete sich ständig gewelgert habe, mit der Untersuchungskommission Hand in Hand zu arbeiten. Ein Wechsel der Methode läge nur im Interesse des Ministers. — Zurufe: Es ist außerdem keine Pflicht! — Sehr richtig!)

Abg. Rinquier macht dem Regierungsentwurf, betreffend die Revision der Entschädigungsakten, zum Vorwurf, daß er in der ungeheuren Zahl sämtlicher kleiner und großer Akten, die der Revision unterworfen werden sollen, die großen zum Verschwinden bringen werde, bei denen die Schädigung der Staatskasse wirklich erheblich sei und deren finanzieller Beitrag für die Allgemeinheit von Bedeutung wäre.

Der sozialistische Abg. Escoffier unterstützt den Antrag Ingels'. Schließlich ergreift der Minister für die besetzten Gebiete Reibel das Wort, um die Tätigkeit des Ministeriums zu verteidigen. Als er das Ministerium übernommen habe, seien bereits 40 Milliarden für Schäden ausgezahlt gewesen. Man habe die Gesamtschäden auf 146 Milliarden geschätzt, aber angenommen, daß man nicht mehr als etwa 100 Milliarden auszusahlen habe. Die endgültige Schätzung habe jedoch eine geringere Summe, nämlich 82 Milliarden, ergeben. Das sei unter seinem Ministerium geschehen. Er habe also das Interesse des Staates gewahrt. Der Minister kündigt an, daß alle die, die den Staat geschädigt hätten, strafrechtlich verfolgt würden, und führte eine Anzahl Fälle an, um zu beweisen, daß bereits Nachprüfungen über die ausgezahlten Schäden stattgefunden hätten. Er neigt schließlich im einzelnen auf einige von Ingels vorgebrachten Fälle ein.

Nach der Rede des Ministers wird die Weiterberatung auf morgen, Mittwoch, nachmittag verlegt.

parationskommission keinen Bericht erstatten zu können hoffe. In belgischen Kreisen will man wissen, daß die Sachverständigen sich in den Resultaten ihrer bisherigen Arbeiten mehr und mehr den in den belgischen Reparationsplänen vom Sommer v. J. enthaltenen Vorschlägen näherten. Sie zielen befanntlich darauf hin, das totale Ruhr-Pfand durch eine Reihe auf den Gesamtvertrag der deutschen Wirtschaft basierender Garantien zu ersetzen, wobei allerdings sehr stark die Tendenz vorherrscht, einen Teil der deutschen Wirtschaft durch Schaffung von Vertragsmonopolen, Verpfändung der Eisenbahnen und anderer staatlicher Betriebe der Ausbeutung durch das internationale Kapital zu überliefern. Uebrigens schätzen die von dem ersten Sachverständigenausschuss zu Rate gezogenen Eisenbahn-Sachverständigen den Wert der deutschen Eisenbahnen auf 28-30 Milliarden Goldmark.

Die Beendigung des englischen Bahnstreiks.

London, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Es wird hier allgemein angenommen, daß morgen der Eisenbahnstreik wieder normal sein wird, nachdem die Streikenden den Beschluß auf Beendigung des Kampfes Folge geleistet haben. Premierminister Ramsay MacDonald hat dem von den Gewerkschaften eingesetzten Vermittlungskomitee telegraphisch Dank und Glückwünsche zu seinem Erfolg ausgesprochen.

Dockarbeiterstreik?

London, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Dockarbeiterstreik scheint Tatsache zu werden. Die Dockarbeiter haben am Dienstag beschlossen, am 16. Februar in den Ausstand zu treten, falls bis dahin ein befriedigendes Abkommen mit den Arbeitgeber nicht erzielt ist. Im vorigen Sommer streikten Dockarbeiter gegen den Willen ihrer Gewerkschaft.

Kommunistischer Faschismus.

Die KPD. wirbt um Offiziere!

Hand in Hand arbeiten Kommunisten und Faschisten in ihrem Kampf gegen ihren Hauptfeind: die Sozialdemokratie. Thalheimer betont in einem Artikel der „Roten Fahne“ über die Gemeindevahlen in Sachsen, daß die Wahlerfolge der Böllischen ein sehr wichtiges Element der Entwicklung darstellen. Er weist darauf hin, daß die Böllischen jetzt auch unter der Arbeiterschaft Fuß gefaßt haben, und daß besondere Methoden für die Bearbeitung dieser völkischen Massen von der KPD. gefunden werden müssen, damit das Hauptziel, die „Liquidierung der Sozialdemokratie“, besser erreicht wird. Dieser Arbeit unter den Böllischen widmen die Kommunisten bedeutende Kräfte. Die Gelder, die ihnen die Bolschewiki zur Verfügung stellen, gestatten ihnen die Anstellung von Spezialisten für das Studium und die Bearbeitung der völkischen Bewegung. So erscheint in Wien eine „Chronik des Faschismus“, die keinem anderen Zweck als der bolschewistischen Propaganda unter den böllischen Kreisen dienen soll. Die Taktik dieser völkischen Spezialpropaganda der Kommunisten geht dahin, die Böllischen als nicht national genug zu entlarven. So schreibt die „Chronik“ in ihrem Eingangartikel über die Diktatur v. Seckts:

„Zu wessen Ruhm herrscht nun Herr General v. Seckts? Herr Stinnes und Herr Minouz können es bezeugen. Herr Stinnes hat unter Herrn Seckts bisher alles erreichen können. Er hat den Achtstundentag abgeschafft, er hat die Offensive des Lohnabbaues durchgeführt, er hat, das ist für ihn das wichtigste, die „Verständigung mit Frankreich“ angebahnt. Die Verständigung mit Frankreich, d. h. die Verschönerung auch des letzten Restes der Güter des deutschen Staates, die Verschönerung der Eisenbahn, der Post, der Fluchtwege usw. Die Verhandlungen der Vertreter der deutschen Schwerindustrie mit Repräsentanten der französischen Finanz nähern sich in Paris dem Abschluß. Das ist die auswärtige Politik des Herrn v. Seckts.“

Gleichen Zweckes dient ein zwölf Seiten langer, mit Maschinenschrift vervielfältigter Agitationsbrief an Offiziere, vor allen Dingen solche, die noch heute in der Reichswehr als Offiziere dienen, die man der bolschewistisch-kommunistischen Agitation zugänglich machen will. Dieser Brief stammt offenbar aus der Feder eines deutschen Offiziers und ist in ausgezeichneter Weise der Gedankenwelt deutscher nationalsozialistischer, vollkommen unpolitischer Offiziere angepaßt. Er ist genau auf den Gedankengang eingestellt, den Revanchekrieg gegen Frankreich zu predigen und vorzubereiten und im Namen des Revanchekrieges die Offiziere für den Kommunismus zu gewinnen. Daß auch die Bolschewiki ihren deutschen Freunden angeraten haben, „am Tage nach der Ergreifung der Macht“ Erfüllungspolitik zu betreiben, das wird vorsichtig umgangen. Ebenso umgangen wird auch die immerhin nicht uninteressante Tatsache, daß beim Beginn des Ruhreinzugs die „rote Fahne“ sich gegen den Widerstand gewandt hat, daß als „historische Aufgabe“ des deutschen Proletariats proklamiert wurde: man müsse die deutsche Bourgeoisie mit proletarischen Bataillonen zur Erfüllung der Ansprüche Poincarés zwingen, weil Stinnes die Erfüllung bisher sabotiert habe. Jetzt heißt es in der für Offiziere bestimmten Agitation:

„Am Mittelpunkt unseres Denkens, als einziges Ziel für jeden deutschen Offizier, steht die Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Feinde.“

Die Kommunisten lehnen sogar in ihrem Eifer, den Offizieren nach dem Runde zu reden, die Verantwortung für die Begleiterscheinung der Revolution ab. In geschickter Vertauschung der gegenseitigen Rollen schreiben ausgerechnet die Kommunisten über die Sozialdemokratie:

„Sie waren die Verräter am Vaterlande, sie zerstückten die deutsche Armee, sie liefernten die deutsche Wirtschaft aus, sie trieben Deutschland in den Zusammenbruch. Mit berechtigtem Haß blickt jeder ehrliche deutsche Nationalist, blicken wir alle auf die Novemberhelden, die im Augenblicke des Einzugs in die Wilhelmstraße ihre jahrzehntelangen Versprechungen verpöhen und den blutigen Bruderkampf zwischen Deutschen und Deutschen entfesselten.“

Oswald Spengler muß als Kronzeuge herhalten, um den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie zu erheben, daß sie nicht — für Verlängerung des Krieges eingetreten ist, daß sie nicht „anstatt mit französischen Generalen und englischen Diplomaten über die Verklauung Deutschlands zu schachern, den nationalen Volkstriebe gegen den Landesfeind organisierte.“

Den „feigen, bremsenden, pazifistischen Sozialdemokraten“ wird als leuchtendes Gegenstück der „vorkämpfenden, begeisterungsfähigen solbatischen“ Teil der Arbeiterschaft gegenübergestellt. Während unter Arbeitern die Kommunisten sich fürchtbar über deutsch-völkische Sabotageakte erregen und den Sozialdemokraten vorwerfen, daß sie nichts dagegen tun, schreiben sie, wenn sie sich an Offiziere wenden:

Konzessionen Poincarés angekündigt.

In der Pfalzfrage und im Abkonflikt.

Paris, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachrichten aus Brüssel, wo man in den Fragen der äußeren Politik in der Regel weniger zugeknöpft ist als in Paris, bestätigen vollinhaltlich unsere am Montag gegebene Darstellung über Gegenstand und Verlauf der Aussprache Poincaré-Dalpar. Die Brüsseler Blätter haben mit großer Genugtuung hervor, daß beide Staatsmänner ein Einvernehmen darüber erzielt haben, alles zu vermeiden, was zu neuen Reibungen oder gar zu einem Bruch mit England führen könne. Darauf ist es in erster Linie zurückzuführen, daß Poincaré im Falle der Separatisten und in der Frage des Eisenbahnverkehrs in der englischen Besatzungszone Konzessionen zugesagt hat, die eine rasche Beilegung dieser Konflikte erwarten lassen.

In der

Reparationsfrage ist für die nächsten Wochen kaum irgendwelche Entscheidung

zu erwarten. In London scheint man jedenfalls nichts unternehmen zu wollen, bevor die Sachverständigen ihre Beratungen zu Ende geführt und der Reparationskommission ihr abschließendes Gutachten erstattet haben. In Paris und Brüssel hat man naturgemäß alles Interesse daran, eine Debatte, die zu entscheidenden Wendungen führen kann, nach Möglichkeit hinauszuschieben. Hier glaubt man, daß der Aufenthalt der beiden Sachverständigenkomitees in Berlin sich höchstens auf etwa 14 Tage erstrecken wird. General Dawes, der Vorsitzende des ersten Komitees, hat vor seiner Abreise erklärt, daß das Komitee spätestens bis Ende Februar seine Ermittlungen abschleße und in den ersten Tagen des März der Re-

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir aussprechen, daß die kommunistische Stoßtruppe, die in der Pfalz, in der Eifel und am Niederrhein mit Revolvern und Handgranaten die Separatisten auseinandergetrieben haben, unter der Führung nationalgermanischer preussischer Offiziere standen.

Radeks Schlageter-Rede wird erneut rühmend gepriesen und der „deutsche Befreiungskampf als Volkserhebung“ unter kommunistischer Führung in Aussicht gestellt.

„Das militärische Vorbild dieses deutschen Befreiungskampfes wird mehr oder minder der Kampfweise entsprechen, mit der Bettow-Sorbed (1) in gänzlicher Weile seine kleine Schaar in Ostafrika führte, mit der die Türken die mit zehnfach überlegendem Material ausgestatteten griechischen Truppen besiegten, mit der schließlich die russische Rote Armee ihre Feinde aus dem Lande jagte: Das Material müssen wir uns vom Feinde holen, die Maschinen müssen wir durch die gestiegene revolutionäre Moral unserer Kämpfer brechen (2), die technische Uebermacht durch die Masse und Manövrierefähigkeit unseres Heeres schlagen.“

„Gegen die sozialdemokratischen Volksverräter“ wollen die Kommunisten „revolutionäre Arbeiter und nationalistiche Offiziere“ sammeln. Damit das Bündnis schmachtbarer wird, wird nach Oswald Spengler „Preuentum als Sozialismus“ gepriesen und allen Ernstes versichert:

„Das Rätsel ist preussischer Gedanke, der auf dem Grundstein der Austerlitz, der Ritterantwortung, der Kollegialität beruht.“

Der Offizier gehört darum an „die Spitze der nationalen und sozialen Befreiung“, das „gemeinsame nationale Ziel“ soll durch die Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Arbeitern unter kommunistischer Führung erreicht werden.

Wenn ein solches Schreiben vereinzelt vorläge, würde man es möglicherweise für eine Witzifikation halten. Nach allem, was man an kommunistisch-völkischer Verbrüderung oder sonst schon erlebt hat, paßt dieses kommunistische Werbeschreiben ganz in die Linie, die von Radek und Ruth Fischer in trauer Harmonie vorgezeichnet ist. Es beweist jedem, der sehen will, daß dieselben Kommunisten, die in den Betrieben und in Versammlungen mit der sozialdemokratischen Arbeiter-„Einheitsfront“ zu spielen suchen, gleichzeitig mit faschistischen Offizieren den bewaffneten Kampf gegen diese sozialdemokratische Arbeiterschaft vorzubereiten sucht.

Drohende Krise in Preußen. Um die Grundsteuer.

Der Kampf um die Grundsteuer in Preußen hat sich zu einem Grade gesteigert, der den Bestand der Regierung ernstlich bedroht. Der Finanzminister v. Richter, der bekanntlich der Volkspartei angehört, hat sich genötigt gesehen, eine ziemlich kräftige Grundsteuer zu beantragen, weil es überhaupt kein anderes Mittel gibt, das Defizit im Staatshaushalt auch nur zum Teil zu decken. Er folgte damit nur dem Beispiel anderer deutscher Einzelstaaten, die auf diesem Wege vorangegangen sind. Diese Grundsteuer belastet ebenso den ländlichen wie den städtischen Grundbesitz, den landwirtschaftlichen Produzenten ebenso wie den städtischen Mieter.

Gegen diese Grundsteuer wird von dem Landbund und den Deutschnationalen Sturm gelaufen. Dagegen sind die Sozialdemokraten und zum größten Teil auch die Volksparteier und Demokraten widerstandsfähig geblieben. Das fiert agrarisch durchgeführte Zentrum, das ohnedies das Eindringen des deutschnational-völkischen Landbundes in seine christlichen Bauernvereine fürchtet, versucht die Regierung auf den Weg von Zugeständnissen zu drängen, der ihr als ungangbar erscheint. Der Finanzminister v. Richter hat die vom Zentrum gewünschte Herabsetzung der Steuer auf die Hälfte abgelehnt, und gestern ist das Kabinett einstimmig seinem Standpunkt beigetreten. Damit ist die Kabinettsfrage gestellt. Bricht die Koalition an der abweichenden Haltung des Zentrums zusammen, so ist der Rücktritt der Regierung die Folge.

Der Biograph.

Von Otto Ernst Hesse.

Das Leben anderer nachzuleben und nachzuformen, kann Schwäche sein, Flucht vor der Kernlichkeit des eigenen Lebens und von der Enge des eigenen Ichs in die Weite und Fülle einer großen Persönlichkeit. Es gibt Biographen, die sich so über sich selbst hinwegsetzen und sozusagen vom Leben anderer existieren. Es gibt aber auch Biographen, die die geistige Kraft haben, sich gegen das Vorbild, dessen Leben sie erzählen, zu behaupten, die aus Stärke und eigener Fülle in die Leben anderer ansteigen, die mit dieser Bereicherung keinen Raub treiben, sondern neue Fruchtbarkeiten schaffen.

Ein solcher Biograph, der einzige ganz große Biograph, der heute schreibt, ist der Däne, Europäer und Kosmopolit Georg Brandes. Wir lesen in den letzten drei Jahren seine Goethe-Biographie und seine Voltair-Biographie zwei Werke, die hinsichtlich des verarbeiteten Wissens und der gestalteten Anschauung ihresgleichen suchen. Nun hat im Verlage Erich Reich in Berlin, der alle Brandes'schen Bücher in vorzüglicher Verdeutschung verweist, Brandes eine Lebensbeschreibung Michelangelos geschenkt. Vor einigen Wochen ist das über vierhundert große Seiten umfassende Buch, mit reichstem Bildschatz versehen, erschienen.

Brandes ist zunächst Historiker. Ein Historiker, der jenen Mythos nicht liebt, der sich aus historischen Unrichtigkeiten ergibt. Er idealisiert nicht; dazu ist er zu ehrlich. Er stellt sich nicht, wie die meisten Menschen, das Leben früherer Jahrhunderte so vor, wie es uns heute, nach dem Wegfallen aller Nebenachtlichkeiten, die in der Zeit selbst oft hauptsächlich waren, vor Augen steht. Er will, soweit dies überhaupt möglich ist, zur historischen Wahrheit auch die historische Unrichtigkeit. So schert er auch hier nicht zurück. Kleinigkeiten, die manchem vielleicht als Kleinigkeiten erscheinen, auszuwerten. So schreibt er auch diesmal nicht eigentlich die Lebensgeschichte eines Menschen, sondern, wie schon im „Voltaire“, die Lebensgeschichte eines ganzen Jahrhunderts, einer Epoche: jener Zeit der Blüte und des Ausganges der Renaissance bis zum tragischen Beginn der Gegenreformation und Inquisition. Die Medici, die Päpste von Alexander VI. bis zu Paul IV., Leonardo, Raffael: sie alle sind sozusagen in kleinen Biographien in dieser großen Biographie eingeschlossen.

Brandes müßte nicht das Temperament und der Geist sein, die wir an ihm schätzen, wenn er über die historische Wichtigkeit hinaus sich selbst in dieser Biographie offenbarte. Und hier möchte ich auf etwas Seltenes aufmerksam machen. Brandes hat diesen „Michelangelo“ zu spät geschrieben. Zu spät im Verlauf seiner eigenen Entwicklung. So schön und reich dieses Buch geworden ist: es steht gegen ihn selbst. Brandes bleibt, trotz aller Bewunderung, Michelangelo fremd. Der überlegene, greise und weise gewordene

Das Zentrum tritt heute vormittag vor dem Plenum zu einer Fraktionsführung zusammen, um sich über seine Stellungnahme endgültig schlüssig zu werden. Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat inzwischen auch der Reichskanzler Dr. Marx seinen Einfluß dafür eingesetzt, daß eine Krise vermieden wird. Auf der anderen Seite verstärken Landbund und Deutschnationale ihren Druck, um die Gelegenheit beim Schopf zu packen und die verhasste Koalition zu sprengen. Wie es heißt, planen sie sogar, heute einen Delegationssturm nach kommunistischem Muster zu diesem Zweck ins Werk zu setzen.

Um etwas anderes als um ein taktisches Manöver handelt es sich nicht. Denn wie die Dinge nun einmal liegen, müßte auch eine deutschnationale Regierung die Grundsteuer verlangen und müßte aus ihr die gleichen Erträge ziehen, wenn sie nicht den Staat in den Bankrott hineinjagen wollte. Offenbar besteht also die Absicht, der erhofften Bürgerblutregierung die Steuer zu bewilligen, die man „dieser“ Regierung nicht bewilligen will.

Vom Standpunkt des Landbundes und der Deutschnationalen ist das logisch. Aber das Zentrum würde seine Stellung als Mittelpartei verlieren, wenn es auf diesen Weim tröche. Schließlich hat es nicht nur von rechts, sondern auch von links etwas zu fürchten. Deputationsstürme könnten von dieser Seite ebensogut befohrt werden wie von jener, und wenn man auf die christlichen Bauern, auf daß man sie nicht verliere, so ängstliche Rückwärt nimmt, so könnten die christlichen Arbeiter auf den Gedanken kommen, daß man auf sie nur deshalb nicht die gleiche Rücksicht nehme, weil sie bisher zu artige Parteikinder gewesen sind.

Das Zentrum kann es also kaum auf eine Preuentrise antommen lassen, ohne seine eigene Krise zu entfesseln. Darüber hinaus wären die Folgen einer Preuentrise für das ganze Reich unabsehbar.

Da gestern abend im Interfraktionellen Ausschuss eine Einigung nicht erzielt werden konnte, beschloß der Hauptauschuss in einer darauffolgenden Sitzung, sich auf heute 1 Uhr zu verlagern. Die Plenarsitzung wird dann voraussichtlich erst um 3 Uhr beginnen.

Abbau der Sozialpolitik?

Sicherem Vernehmen nach interessiert sich die Beamtenabbauforschung, in deren Reihen sich die drei republikfeindlichen Nachzügler Lenz, Busch und v. Besser betätigen, augenblicklich mit verdächtigem Eifer für den Plan der Schwerindustrie, die Sozialpolitik im Reich abzudauen. Bekanntlich hat die Industrie seit langem dafür eine stumpfsinnige Propaganda in der Unternehmerpresse entfaltet. Wir wissen auch, daß sie sich mit den bisher bekannten Abbauplänen keinesfalls begnügen will und noch weitere Wünsche in Reserve hat, die sie bei geeigneter Zeit durchzusetzen gedenkt. Von dem sozialpolitischen Gebäude soll nach ihrer Ansicht ein Stein nach dem anderen abgetragen werden. Ein derartiger Abbau liegt aber weder im Interesse des Reiches noch der Arbeiter- und Beamenschaft. Deshalb erscheint es an der Zeit, das würdige Dreimännerkollegium bald verdischenden zu lassen, zumal es bisher nicht begriffen zu haben scheint, daß es dem Staate und nicht der Schwerindustrie zu dienen hat.

Luther und die Besatzungskosten.

Das Wollische Bureau veröffentlicht eine merkwürdige Feststellung des Reichsfinanzministers, die den folgenden Inhalt hat:

Ein Berliner Blatt glaubt feststellen zu sollen, daß der Reichsfinanzminister seinen Standpunkt hinsichtlich der Frage der Besatzungskosten vollkommen geändert habe und sich nunmehr energisch für die Weiterzahlung der Besatzungskosten einsetze. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck betont werden, daß der Reichsfinanzminister in Uebereinstimmung mit dem ganzen Reichskabinett zwar gewillt ist, im Interesse der besetzten Gebiete alles zu tun, um die Bevölkerung dieser Gebiete nicht neuen amerikanischen Gruben binnen kurzem vom Weltmarkt verdrängt haben. Während diese amerikanischen Fabriken auf einige Jahre stillgelegt wurden, ist gegenwärtig die belgische Radiumfabrik in Oelen bei Antwerpen, zu deren Errichtung nur 1 1/2 Jahre gebraucht wurde, die größte und modernste der Welt. Ihre Produktion beträgt gegenwärtig 3 Gramm im Monat und kann auf 6 Gramm gesteigert werden. Damit ist eine Jahreserzeugung von 36 bis 72 Gramm möglich. Die belgische Gesellschaft hat den Weltmarktpreis, der noch vor einem halben Jahr 25 Pfund Sterling für das Milligramm betrug, auf 14 Pfund Sterling für das Milligramm herabgesetzt. Diese reichliche und billige Versorgung mit Radium wird den Bereich seiner Verwendung bedeutend erweitern.

Die Biographie, die dem Brandes von heute adäquat gewesen wäre, müßte Leonardo da Vinci heißen. Ueberall, wo sein Name in diesem Buche auftaucht, spürt man die freudige Bejahung des Biographen. Aber ist dieser „Michelangelo“ ein solches Buch? Eine mißlungene Lebensbeschreibung? ... Im Gegenteil. Nur muß man die heftigen Spannungen, die infolge dieses inneren Widerspruchs des Biographen gegen seinen Helden und gegen seine Altersentwicklung entstanden sind, auch schon in den früheren Kapiteln des Werks beachten. Spannungen, ganz gleich welcher Art, sind immer fruchtbar. Diese hier, die zwischen einem unvollständigen Kopf und einem überhaupt kaum östlich ausdeutbaren Genie wie Michelangelo schwächen, machen das Buch, dessen biographisch-kritischer Wert unbestritten ist, zu einem heimlichen Drama. Wie sich die Konfliktpunkte immer wieder im Psychologischen bilden und von da aus auf das Künstlerische verdrängen und dort in der Begeisterung des Kunststellers Brandes auflösen: das ist ein Befund genug für sich.

Vergleicht man den „Goethe“, den „Voltaire“ und nun diesen „Michelangelo“, so ergibt sich eine Mannigfaltigkeit und ein Reichtum der Nachschaffungswesen, die man bewundern muß. Man wartet begierig, nach dieser Trilogie das vierte Werk, eine bereits angekündigte Julius-Cäsar-Biographie, aufzunehmen.

Die heutige Radiumerzeugung der Welt. Noch bis vor zwei Jahren waren die Radiumvorkommen in Colorado und Utah die einzigen, die den größten Teil des Radiums für die Welt lieferten. Man erhielt dort etwa 5 Milligramm Radium auf eine Tonne Erz, und die Gesamterzeugung betrug etwa 160 Gramm Radiumbromid. Die Uranerze, die kurz vor dem Kriege im belgischen Kongoshaat entdeckt wurden, konnten während des Weltkrieges nicht recht ausbeutet werden und sind erst jetzt tatkraftig in Angriff genommen worden. Diese belgischen Erzlager sind an radioaktiven Bestandteilen, von denen etwa 150 Milligramm auf 1 Tonne kommen, so reich und lassen sich verhältnismäßig so leicht ausbeuten, daß sie die

fahren und Leiden auszuheben, daß er aber keine Möglichkeit sieht, wie demnächst die Mittel zur Bestreitung der Besatzungskosten noch aufgebracht werden können.

Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß, soweit zu sehen, einstweilen das Zahlen der Besatzungskosten das einzige Mittel ist, um die Bevölkerung des besetzten Gebietes vor räuberischen Erpressungen zu schützen.

Alle blödsinnig.

Folgen der Seckel-Attentats.

In der nicht mehr ganz so geheimnisvollen Attentatsgeschichte gegen General v. Seckel nimmt wieder einmal die Claß-Partei das Wort. Nachdem für den Attentäter Nr. 1 Thormann der Selbstmordparagraf in Anspruch genommen worden ist, muß nunmehr das Organ des Justizrats Claß, die „Deutsche Zeitung“, auch den Attentäter Nr. 2 Dr. Grandel für blödsinnig erklären. Sie entledigt sich ihrer Aufgabe in ihrer eleganten Art, indem sie freistellt:

a) Dr. Grandel hatte seit seiner Verhaftung am Donnerstag, den 17. Januar, bis zur Vernehmung am Montag, den 21. Januar, weder gegessen, getrunken noch geschlafen, so daß er körperlich, geistlich und geistig so zusammengebrochen sei, daß es wie ein Schieber über ihm liege.

b) Gerichtsarzt, Geheimrat Dr. Störmer habe bei Dr. Grandel ein sehr schweres Herzleiden festgestellt, das sehr wohl psychische Nachteile auslösen könne.

c) Ein seit fünf Jahren im Dienste der Firma Grandel stehender Prokurist habe bekanntgegeben, daß sein Prinzipal nach aufregenden Vorfällen das Gedächtnis völlig zu verlieren und im Zustande der Besinnungslosigkeit zu handeln pflege. Er sei der Ansicht, daß Dr. Grandel einen schweren psychischen Defekt habe.

Auf der anderen Seite konstatiert die „Deutsche Zeitung“:

a) Justizrat Claß hat mit diesem Grandel eine politische Korrespondenz über die politischen und anderen Qualitäten des Generals v. Seckel geführt.

b) Justizrat Claß steht mit dem Grandel seit dem April vorigen Jahres in Beziehung und besprach mit ihm den Rußabwehrkampf.

c) Der Irrsinnige Grandel wurde im Herbst vorigen Jahres zu einer Bährungskonferenz hinzugezogen.

d) Justizrat Claß hat dem seit Jahren irrfinnigen Dr. Grandel erhebliche Beiträge zur Abwehr „separatistischer“ Bestrebungen ausgehändigt.

e) Ergänzend hinzufügen können wir, daß der von keinem Prokuristen irrfinnig erklärte Fabrikbesitzer Grandel Stiers in geschäftlichen Angelegenheiten bei der Rußhandelsstelle vorsprach, und daß er sich beim Grafen Repentlow um eine Ausöhnung zwischen der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und dem Alldeutschen Verbande bemühte.

Soweit die Feststellungen. Wann wird Justizrat Claß sich selbst für geistig defekt erklären lassen?

Der Ludendorff-Prozess.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitteilung des Oberstaatsanwalts Kull, daß von dem Hauptverfahren gegen Hitler und Genossen insgesamt vier Nebenverfahren abgewandt werden (die Zerstückung der „Münchener Post“, die Geldbeschleife, die Geistesverhaftungen und die Reutersche in der Infanterieschule), die später verhandelt werden, hat in weitesten Kreisen erhebliches Aufsehen erregt; denn es ist klar, daß diese unbedingte in das Gesamtprozeßbild der Hauptverhandlung gehören. Schon deshalb müßte das der Fall sein, als sie größtenteils strafbare Handlungen darstellen, die ehrenrührig sind und für die mildere Umstände kaum in Betracht kommen können. Gerade diese Heldentaten aber wurden von Hitlers Elitegruppe, seinem persönlichen Stoßtrupp, ausgeführt und gehen unmittelbar auf das Konto Hitlers. Diese ganze Frage ist für das Strafmaß von grundsätzlicher Bedeutung, denn von ihrer Beantwortung hängt es offenbar ab, ob Hitler in die Festung oder ins Zuchthaus geschickt wird.

Die Weltuntergangs-Zeitung. Eine eigenartige Zeitung, von der nur 24 Exemplare vorhanden sind, wurde kürzlich der Bibliothek des Londoner Pressklubs einverleibt. Ein Missionar in Schanghai hatte vorausgesetzt, daß am 25. September des vergangenen Jahres um 12 Uhr mittags die Welt untergehen werde. Daraufhin brachte ein Schanghaier Blatt eine besondere Weltuntergangs-Ausgabe heraus, die den hübschen Titel „Der fünfte Reiter“ führt, auf die vier apokalyptischen Reiter anspielend, und sich als die „letzte Zeitung der Welt“ bezeichnet. Die Ausgabe enthält nur Nachrichten, Bilder und Karikaturen, die sich mit dem Ende der Welt befassen und verkründet in einer redaktionellen Mitteilung, daß die nächste Nummer „im Himmel auf West gedruckt werden wird“. Der Wetterbericht laut „starke Erwärmung“ voraus, und eine bekannte Firma, die kondensierte Milch vertreibt, zeigt an, daß sie demnächst Bäden an der Milchstraße errichten werde. Nachdem 24 Stück von dieser Sonderausgabe gedruckt waren, blieben die Maschinen plötzlich an. Es bleibt dahingestellt, ob die ästhetischen Drucker aus Furcht, daß der Weltuntergang beginne, aufhörten oder ein anderer Grund vorlag. Jedenfalls hat „Der fünfte Reiter“ dadurch einen großen Seltenheitswert erhalten und das Exemplar des Londoner Pressklubs dürfte das einzige sein, das bisher nach Europa gekommen ist.

Die dänische Goethe-Ausstellung in Kopenhagen wurde in den Ellen der Auslassung zu Charlottenborg am Dienstag im Wagenraum des deutschen Konsulats und von Vertretern des Ministeriums des Kulturbesitzes, der holländischen Behörden, der Bibliotheken um eröffnet. Während der holländischen Vorträge, Regitationen oder Musikvorführungen mit Goetheschem Text hat.

Wiener Theaterdirektoren drohen mit Schließung der Bühnen. Die Direktoren verschiedener Operntheater beschließen, die gemeinsamen Spielzeit möglichst früh zu beenden und ihre Bühnen unter jenen Umständen wieder zu eröffnen, bevor die holländische Lichtsteuer (s. 30. Fl. des Bauernbrotens) reduziert ist.

Die neue russische Expedition. Erleadegeneral Bruce tritt am Donnerstag seine Reise nach Indien an, wo er die Führung der belgischen Mount-Gorets-Expedition zu Beginn des Jahres übernimmt. Die Expedition heißt den dritten Versuch dar, den höchsten Gipfel der Erde zu bestiegen.

Seltene russische Bücher. Die unter der Zarenregierung von der Zensur beschlagnahmten Bücher werden jetzt im Institut für Bücherkunde einer russischen Bibliothek in Moskau untergebracht. Unter diesen ist auch das seltene Exemplar vorhandene Seitenheft. Unter diesen ist auch das seltene Exemplar vorhandene Seitenheft. Unter diesen ist auch das seltene Exemplar vorhandene Seitenheft.

Die holländische Goethe-Ausstellung in Kopenhagen wurde in den Ellen der Auslassung zu Charlottenborg am Dienstag im Wagenraum des deutschen Konsulats und von Vertretern des Ministeriums des Kulturbesitzes, der holländischen Behörden, der Bibliotheken um eröffnet. Während der holländischen Vorträge, Regitationen oder Musikvorführungen mit Goetheschem Text hat.

Die holländische Goethe-Ausstellung in Kopenhagen wurde in den Ellen der Auslassung zu Charlottenborg am Dienstag im Wagenraum des deutschen Konsulats und von Vertretern des Ministeriums des Kulturbesitzes, der holländischen Behörden, der Bibliotheken um eröffnet. Während der holländischen Vorträge, Regitationen oder Musikvorführungen mit Goetheschem Text hat.

Die holländische Goethe-Ausstellung in Kopenhagen wurde in den Ellen der Auslassung zu Charlottenborg am Dienstag im Wagenraum des deutschen Konsulats und von Vertretern des Ministeriums des Kulturbesitzes, der holländischen Behörden, der Bibliotheken um eröffnet. Während der holländischen Vorträge, Regitationen oder Musikvorführungen mit Goetheschem Text hat.

Unser Parteitag.

Am 30. März in Berlin. — Das Programm. — Partei-
auschuss gegen Ausnahmezustand.

Der Parteiauswahl befaßte sich am Dienstag mit organisatorischen Fragen und den Vorbereitungen zum Parteitag. Einstimmig wurde beschlossen, an dem vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Termin für den Beginn des Parteitages, den 30. März, festzuhalten und Berlin, Landtaggebäude, als Tagungsort festzusetzen. Der am 30. März abends stattfindende Eröffnung des Parteitages, die durch den Genossen Crispian erfolgt, geht vormittags eine Frauenkonferenz voraus. Den Bericht des Parteivorstandes erstattet Genosse Wels. Als Berichterstatter für die Fraktion schlug der Parteiauswahl den Genossen Hermann Müller vor. Außerdem wird der Parteitag ein Referat über „Sozialdemokratie und Wahlen“ entgegennehmen, das voraussichtlich vom Genossen Hilferding gehalten wird. Ueber „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ dürfte wahrscheinlich der Genosse Lipich sprechen.

Einstimmig fand auf Grund der in Deutschland bestehenden Rechtsverhältnisse außerdem folgende Entscheidung Annahme:

„Der Parteiauswahl der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei stellt fest, daß zur Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes kein Grund besteht und daß die zahllosen Übergriffe der militärischen Befehlshaber geeignet sind, das öffentliche Leben zu beeinträchtigen und die Verteidigung der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die politische und soziale Reaktion zu lähmen.

Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes bedeutet unter solchen Umständen einen Verstoß gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung. Der Parteiauswahl gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß der militärische Ausnahmezustand nun endlich ohne Verzug beseitigt wird.“

Inzwischen hat auch der preussische Landtag (ausführlicher Bericht siehe Beilage) einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes angenommen.

Wie lange noch?

Ein lehrreiches Beispiel.

Arbeiterverrat der Kommunisten.

Dresden, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Stadtoverordnetenversammlung, die bis in die späten Nachmittagsstunden tagte, war für die Dresdener Arbeiterschaft der beste Anschauungsunterricht darüber, was die Arbeiterklasse von den Kommunisten zu erwarten hat. Auf der Tagesordnung stand die Einführung der neuen Stadtoverordneten und die Wahl des Präsidiums. Die Versuche der bürgerlichen Parteien, gegen die Sozialdemokratie einen Bürgerblock zu bilden, waren schlagversagen. Die USPD bestand als stärkste Fraktion auf dem Vorkandidat und hatte sich deshalb mit den Kommunisten in Verbindung gesetzt, die Bedingungen der Versicherung abgaben, ihre Stimme einem sozialdemokratischen Vorschlag zu geben. In der Sitzung änderte die USPD jedoch ihr Verhalten und schlug einen eigenen Kandidaten mit der Absicht vor, dadurch einen Bürgerblock zum Vorkandidat zu machen. Im zweiten Wahlgang (Stichwahl) stimmten aber die Demokraten für den sozialdemokratischen Vorschlag, so daß die beiden Kandidaten gleiche Stimmzahl erhielten. Das Los entschied für den sozialdemokratischen Vorkandidaten Edmund Fischer. Die „Dresdener Volkszeitung“ nennt das Vorgehen der Kommunisten „gemeinen Verrat“ und „äbsten Verrat“. Mit solchen Arbeiterverrat, die planmäßig und zielbewußt die Interessen der Arbeiterschaft in so schändlicher Weise verraten, sei an kein gebührendes Zusammenarbeiten zu denken.

Der Wahlkampf in Bayern.

Die sozialdemokratischen Kandidaten.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München beschloß sich mit den kommenden Wahlen für den Reichstag und Landtag. Besonderes Interesse erweckte die Mitteilung, daß in gewissen bürgerlichen Kreisen außerordentliche Anstrengungen zur Bildung eines sogenannten Bürgerblocks gegen den Marxismus gemacht werden, deren Seele der bekannte Unternehmerhochscholmer Dr. Kuhlo (Sonditus des Verbandes der bayerischen Industriellen) ist. Seine Bemühungen zielen sogar auf eine Auslösung zwischen Kahr und Hilfer. Für die Wahl zum Reichstag hatten Vorkandidat und Parteiauswahl beschlossen, dem Bezirkstag des Wahlkreises Oberbayern-Schwaben als Spitzenkandidat für die Liste der Genossen Auer vorzuschlagen. Nach dem Ergebnis der in der Generalversammlung vorgenommenen Abstimmung bringt der Verein München folgende Kandidaten in Vorschlag: 1. die Genossen Wälz, 2. Auer, 3. Unterleitner, 4. Horlacher (Geleiter des Eisenbahnverbandes in Bayern), 5. Saenger, 6. Gruber. Nachdem die übrigen Ortsvereine in Oberbayern ihre Vorschläge einreicht haben, wird der Bezirkstag am 23. und 24. Februar endgültig über die Kandidatenliste beschließen. Sie wird voraussichtlich mit folgenden Namen besetzt: Auer, Simon (Augsburg), Wälz, Unterleitner, mit deren Wahl man sicher rechnen zu können glaubt.

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Dr. Strahmann veröffentlicht in der „München-Augsburger Abendzeitung“ juristische Betrachtungen zu dem Volksbegehren der Bayerischen Volkspartei auf Verfassungsänderung. Er hält das Volksbegehren für verfassungsmäßig nicht zulässig, denn: „Das Begehren ist kein Begehren auf Abänderung der Verfassung, sondern es ist ein Begehren auf Ermächtigung des neuen Landtags, die Verfassung mit einfacher Mehrheit zu ändern. Das ist etwas ganz anderes. Diese Ermächtigung einer revolutionären Revolution ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Sie ist vielmehr, da in § 10 I die möglichen Gegenstände des Volksbegehrens erschöpfend aufgezählt sind, bewußt ausgeschlossen.“ Sämtliche Parteien, von den Kommunisten bis zu den Nationalen, haben jetzt also ihre Anhänger aufgefordert, der Bayerischen Volkspartei in ihrem Volksbegehren keine Gefolgschaft zu leisten.

Die geplante Uebersiedlung der Infanterieschule nach Berlin unterbleibt bis auf weiteres wegen der Umzugskosten in Höhe von 90 000 Goldmark, die im Rahmen der gegenwärtigen Sparpolitik nicht bewilligt werden können. An eine Eröffnung der seit dem 10. November geschlossenen Schule ist einwillen noch nicht gedacht.

Im Genhiner Landfriedensbruchprozess verurteilte das Sondergericht nach sechsmonatiger Verhandlung die Adelsführer Kammerad und Hollmann wegen schweren Landfriedensbruchs zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Ecks Angeklagte wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs bzw. Aufreizung zu Gefängnis von sechs Monaten bis zu einhalb Jahren, die übrigen Angeklagten zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah die zur Zeit der Straftaten herrschende Not der Landarbeiterschaft als mildernden Umstand an.

Deutsche, Juden und Sozialdemokratie.

Epilog zu einer Versammlung.

Es war vorauszu sehen, daß die vorgestrige Versammlung der „nationaldeutschen Juden“ in der Presse ein lebhaftes Echo finden würde. Gibt sie doch in mehr als einer Richtung zu Betrachtungen Anlaß, obwohl es für den Außenstehenden — und das ist immerhin doch die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung — schwer ist, dazu den richtigen Standpunkt zu finden. Wir können nur vom Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei aus zu diesen Vorgängen Stellung nehmen.

Von diesem aus kann es keinen Streit darüber geben, daß Menschen, die in Deutschland als deutsche Staatsbürger geboren und im deutschen Sprach- und Kulturkreis erzogen sind, auch zum deutschen Volk gehören und daß gegenüber dieser Zugehörigkeit Verschiedenheiten der Religion und der Abstammung eine untergeordnete Rolle spielen. Selbstverständlich aber ist, daß auch in diesem Teil des deutschen Volkes Gegenstände der Weltanschauung, die auf Klassengegensätzen beruhen, vorhanden sind.

Es ist daher gar kein Wunder, daß sich ein Teil der Juden zur äußersten Rechten hingezogen fühlt und nur durch den dort herrschenden Antisemitismus gehindert wird, sich ihr ganz anzuschließen. Aus ihm rekrutiert sich jener „Verband nationaldeutscher Juden“, der wegen seiner geldlichen Kraft auch bei

Jeder der den Vorwärts erhält, muß ihn an Bekannte weitergeben, um neue Leser zu gewinnen!

manchen nicht extrem völkischen Rechtskreisen Anklang findet. In einer Versammlung dieses Verbandes, in der dessen monarchische und reaktionäre Einstellung besonders kräftig zum Ausdruck kam, hat nun Gen. Dr. Cohn seine abweichende persönliche Meinung vertreten mit dem bekannten Erfolg, daß die Versammlung in Krach unterging.

Nach den Berichten der deutschnationalen Presse hat es den Anschein, als ob Gen. Dr. Cohn gefagt hätte, es sei sehr zweifelhaft, welcher Volksteil eher zu sterben verdiene, die Deutschen oder die Juden, und es sei sehr fraglich, ob das deutsche Volk wert sei, daß um seinetwillen auf dem Schlachtfeld gekämpft werde.

Hätte Gen. Dr. Cohn tatsächlich derartige Ungereimtheiten und Geschmacklosigkeiten zum besten gegeben, so würde uns nichts davon abhalten, sie als das zu kennzeichnen, was sie sind. Tatsächlich aber handelt es sich um eine grobe Fälschung der von Dr. Cohn gemachten Ausführungen. Daß ein internationaler Sozialdemokrat derartige Unterschiede unter den Völkern macht und dem deutschen Volk einen Rang hinter den Juden oder anderen „Volksteilen“ und Völkern anweist, ist undenkbar. In Wirklichkeit hat Dr. Cohn die Frage aufgeworfen, ob ein Deutschland der Reaktion, das seiner Jugend wieder auf dem Schlachtfeld machtpolitische Gedanken opfere, einen zweiten Weltkrieg mit seinen grauenhaften Folgen wert sei.

Wir gestehen, daß uns auch in dieser Fassung die Problemstellung ein wenig spitzfindig scheint. An einen neuen Weltkrieg kann unter den gegebenen Umständen für absehbare Zeit überhaupt nur ein Rarr denken. Inzwischen gestaltet der Fortschritt der Technik die Kriegsausrichtungen nur noch ungeheuerlicher, so daß die weltlichen Widerstände gegen ein neues Völkernorden eine steile Steigerung erfahren. Auf der anderen Seite aber kann kein Einzelner und kein Volk grundsätzlich darauf verzichten, sich gegen Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Nur eine gerechte Weltordnung, die jedem seine Ehre und sein Lebensrecht gewährleistet und die für jeden Streit einen zuständigen Richter weiß, kann die Kriegsgeschichte wirklich beilegen.

Es ist offenbar auch nicht die Meinung des Gen. Dr. Cohn und es ist bestimmt nicht die Meinung der deutschen Sozialdemokratie, daß das deutsche Volk verpflichtet sei, lieber zugrunde zu gehen als sich gegen Bedrückung zur Wehr zu setzen. Denn die deutsche Sozialdemokratie, um es noch einmal zu sagen, ist nicht antinational, sondern — wie z. B. die englische Arbeiterpartei — international. Internationalität aber ist in unserem Sinne nichts anderes als das Streben nach einer Harmonie aller Patrioismen der ganzen Welt.

Der Sturm gegen die Emminger-Justiz.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:
Der Darmstädter Anwaltsverein protestierte in einer Versammlung dagegen, daß grundlegende Bestimmungen der Reichsjustizgesetze im Wege von Notverordnungen auf Grund des § 48, 2 der Verfassung oder des Ermächtigungsgesetzes vom 1. Dezember 1923 geändert werden. In der Entschließung heißt es: „Wir erwarten, daß der Reichsrat und der Reichstag die Aufhebung der bis jetzt erlassenen Verordnungen schleunigst verlangen, da ein offenkundiger Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes und der Verfassungsbestimmung vorliegt. Es war nicht der Wille der gesetzgebenden Faktoren, die Reichsregierung mit so weitgehenden Vollmachten auszustatten; es war nicht der Wille dieser Faktoren, die seit Jahren beratenden grundlegenden Reformen der Reichsjustizgesetze auf dem Wege solcher Notverordnungen über den Rand brechen zu lassen.“

Auch sachlich bedeuten die bis heute ergangenen und die dem Vernehmen nach in Vorbereitung befindlichen Verordnungen eine ungeheuerliche Verschlechterung der Rechtspflege und eine unerträgliche Minderung der Garantie des Verfahrens. Die getroffenen Maßnahmen haben in weiten Kreisen das Vertrauen darauf, daß wir in einem Rechtsstaat leben, schwer erschüttert.“

Der Abbau der Reichsverwaltung.

Im Sparauswahl des Reichstages machte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums ausführliche Angaben über den Personalabbau bei der Reichsbahn. Danach werden bis zum 31. Januar d. J. voraussichtlich 14 Proz. der Beamten und Angestellten ausgeschieden sein. Zum gleichen Termin werden rund 17 Proz. der Eisenbahnarbeiter entlassen werden. Bezüglich der Eisenbahnwerkstätten kam zur Sprache, daß 16 Werkstätten im besetzten Gebiet liegen, 3 Werkstätten, die in Elmberg, Offenburg und Vormund befindlichen, wurden allerdings der Reichsverkehrsverwaltung zurückgegeben, aber in einem so zerstörten und verwaarlosten Zustande, daß sie erst im nächsten Haushaltsjahr in Betrieb genommen werden können. In diesen Werkstätten war der größte Teil der Trobriemen gestohlen, die Fenster waren eingeschlagen und eine große Zahl wertvoller Wertgegenstände sind spurlos verschwunden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Reichsregierung ersucht, den Personalabbau über die am 1. Oktober 1923 vorhandenen gewesenen und monatelang in den einzelnen Ressorts und Gruppen abgebauten Beamten, Angestellten und Arbeitern ziffernmäßige monat-

liche Aufstellungen vorzulegen. Was den Personalstand der Zentrale selbst betrifft, so wurde festgestellt, daß das Verkehrsministerium jetzt 421 Beamte zählt, während beispielsweise das Postministerium 498 Beamte aufweist.

Zur Frage der Rücküberführung von Eisenbahnbeamten ins Arbeiterverhältnis wurde von Seiten der Regierung festgestellt, daß dies sowohl im Interesse des Betriebes wie auch zum Besten der abgebauten Beamten geschieht. Die Personalabbauverordnung erzwang aber die Wiederbeschäftigung von abgebauten Beamten, Angestellten und Arbeitern ziffernmäßige monatliche Vergütungen jedoch diese Beamten freiwillig auf Wartegeld oder Abfindungssummen, so können sie im Arbeiterverhältnis sofort wieder beschäftigt werden.

Bei der Zollverwaltung werden bis 31. Januar 1924 19 Proz. des Personals abgebaut sein. Bei der Post- und Verkehrsverwaltung wird bis 1. April 1924 ein Abbau von insgesamt 20 Proz. des Personalsstandes vom 1. Oktober 1923 erstrebt.

Die Sachverständigen in Berlin.

Berlin, Dienstag abend, 25.7 Uhr, trafen auf dem Bahnhof Friedrichstraße mit dem jahresplanmäßigen Schnellzug die Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses für die Währungs- und Budgetfragen und vom zweiten Ausschuss für die Kapitalstruktur der Direktor der Bank von Paris und des Niederlande, S. A. Hahlin, mit Begleitpersonal, im ganzen etwa 40 Personen ein. Sie wurden am Bahnhof von dem Mitglied der Kriegslastenkommission, Regierungsrat Dr. Meyer, empfangen und in das Hotel Eplanade geleitet. Die Hauptmitglieder des ersten Ausschusses sind: Genocof Charles Gates Dawes, Leiter der Zentralbank für Illinois in Chicago, Owen D. Young, Rechtsanwalt und Vorsitzender des Ausschusses der Electric Company, Sir Robert K. Rindlesyhe, Direktor der Bank von England, Sir Josiah Charles Stamp, Direktor zahlreicher Industrielieferanten, Parmentier, Administrator des französischen Credit Foncier, Professor für Finanzwissenschaften an der Sorbonne, Mr. Dr. Alberto Pirelli, Professor der Finanzwissenschaften an der Universität Bologna, Baron Maurice Houard, Mitglied der belgischen Kammer, Emile Francqui, Staatsminister und Vizegouverneur der Société generale belgeque. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses treffen am Mittwoch abend um dieselbe Zeit ein.

Die Aufgabe der Sachverständigen ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands an Hand der von der Reichsregierung vorbereiteten Materialien zu prüfen und selbständige Aktionen vorzunehmen, die es glaubt im Interesse einer ordnungsgemäßen Prüfung durchzuführen zu müssen. Wir glauben nicht, daß die Sachverständigen sich ihrer Aufgabe pflichtgemäß und gewissenhaft entledigen können, wenn sie ihr Tätigkeitsgebiet ausschließlich auf die Reichsbauaufsicht, die hier anhängigen Verwaltungen und Banken beschränken. Viel wichtiger zur Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands scheint uns ein Besuch der ausländischen Delegierten im Ruhrgebiet. 560 000 Bergleute fanden vor dem Einmarsch fremder Truppen in diesem Gebiet Beschäftigung und Brot. Sie förderten im Monatsdurchschnitt 1922 rund 8 Millionen Tonnen Steinkohle, zu deren Abtransport 22 000 Eisenbahngüterwagen notwendig waren. Und heute? Die Förderung dürfte für Dezember 1923 kaum 60 Proz. der genannten Menge betragen und wird in diesem Monat ebenfalls nicht wesentlich höher sein. Auf welche Wagenstellungsziffern sich die Regie bisher überhaupt aufgeschwungen hat, bleibt ihr Geheimnis. Für den sonstigen Güterverkehr waren im Tagesdurchschnitt 11 000 Waggon notwendig, so daß der tägliche Bedarf einschließlich der für Kohlentransporte 33 000 bis 34 000 Waggon betrug. Soll das Verkehrsweisen zu seiner einstigen Höhe zurückgeführt werden, — und das ist eine Voraussetzung für die Stärkung der deutschen Leistungsfähigkeit —, dann muß das Verkehrsweisen des Ruhrgebiets zunächst der Reichsbahnverwaltung zurückgegeben werden.

England und Sowjetrußland.

London, 29. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung ist eine definitive Entscheidung noch nicht gefallen. Dagegen verlautet in Kamraj Reebonold nahe liegenden Kreisen, daß die Regierung demnächst eine aus hohen Beamten des Außenministeriums, des Schatzamtes und des Wirtschaftsministeriums zusammengesetzte Kommission nach Moskau entsenden wird, an deren Spitze der als eventuelle Vorkandidat in Moskau in Aussicht genommene James O'Grady stehen wird. Der diplomatische Redakteur des „Daily Chronicle“ will wissen, daß die endgültige Anerkennung der Sowjetregierung durch England abhängig sei: 1. von der Haltung Moskaus in bezug auf die früher abgeschlossenen russisch-russischen Verträge, 2. von der Regelung der polnisch-russischen Grenzstreitigkeiten, 3. von der Regelung des russisch-rumänischen Konflikts wegen Besarabien und 4. von der Haltung der russischen Regierung hinsichtlich der Anerkennung der russischen Schuld und des sequestrierten Privateigentums.

In London schweben Verhandlungen mit Litauen über die Garantie einer Anleihe von 5 Millionen Dollar für Litauen im Ausland. Die litauische Regierung beabsichtigt, mit diesem Gelde vor allem das Verkehrsnetz auszubauen.

Arbeiterregierung und Ägypten.

London, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Kolonialminister Thomas hat eine besondere Botschaft nach Alexandria abgehen lassen, in der er erklärt, die Regierung habe es für ihre erste Pflicht den ägyptischen Eingeborenen ein lebenswürdiges Dasein zu verschaffen. Die Frage des Wohlstandes dieser Eingeborenen sei eine heilige Verträuensfrage für die englische Regierung, deren sie sich auch gerecht entledigen wolle.

Massenmord auf den Solowiecki-Inseln.

Von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geht uns folgende erschütternde Meldung zu: Auf den Solowiecki-Inseln im nördlichen Weißen Meer, in dem für Sozialdemokraten und Sozialisten aller Schattierungen errichteten Konzentrationslager, ereignete sich Anfang Januar ein schreckliches Drama. Als die Gefangenen-Sozialisten gegen die Verschlechterung des Regimes protestierten, schoß die Wache in die mehr als 2000 Mann, in der sich viele Frauen und Jugendliche befanden. Viele Personen wurden verwundet; die Zahl der Toten ist uns noch nicht bekannt.

Was wir immer befürchtet und vorausgesehen haben, hat sich nun leider bewahrheitet. Es mußte zu einem blutigen Drama auf diesen von der ganzen Welt abgeschnittenen Scherensinseln kommen, wo zirka 200 Sozialisten der Willkür einer teilweise aus früheren kriminellen Verbrechern bestehenden Bewachung ausgeliefert sind. Die Sowjetregierung hat, nach Mitteilung der „Pravda“ vom 10. Januar eine Untersuchungskommission zur Ermittlung der „Sorgänge“ in Solowiecki ernannt. Aber der einzige Schuldige ist die Regierung selbst. Sie kann keine Widerungsgründe für sich beanspruchen, denn sie wurde oft genug gewarnt. Zwei Selbstmorde jugendlicher Gefangener und eine Geisteskrankung waren deutliche Vorboten des nahenden Unglücks. Die bolschewistische Regierung hat trotz alledem bewußt alle Anzeichen der Krise mißachtet und setzte mit Wut die Gefangenen-Sozialisten solchen Bedingungen aus, die automatisch zu einer Katastrophe führen mußten. Das Blut der Ermordeten auf den Scherensinseln kommt auf die Diktatoren Rußlands.

Beschwerden	Das unzufriedene Berlin	Vorschläge
-------------	--------------------------------	------------

Eine neue Unsitte.

Den Grad wirklicher Bildung eines Menschen kann man daran erkennen, wie er sich in der Öffentlichkeit gibt, namentlich aber im Theater und im Konzert. Leider gibt es noch immer sehr viele Zeitgenossen, die da glauben, mit dem Kauf einer Eintrittskarte das Recht erworben zu haben, sich in einem Theater, einem Konzert, einem Vortragsraum wie in einer Kneipe oder wie — zu Hause nehmen zu dürfen. Sie sprechen mehr oder weniger laut und sprechen erst recht drauf los, wenn sich entrüstete Nachbarn durch ein vernehmbares Pfliß Ruße verschaffen wollen. Ein Redensartarch ist eine unangenehme Sache und man tut am besten, ihn daheim mit Dampfung oder Tee, Honig oder Grog auszukurieren. Es gibt aber so ehrenwerte Mitbürger, die da meinen, so recht tüchtig und gründlich auszuhusten könne man doch nirgends besser als im Theater oder im Konzert und besonders an solchen Stellen, an denen das Publikum in atemlose Stille versinken will. Da ist ein recht tüchtiger durch kein Taschentuch und keinerlei Willensanstrengung gedämpfter Hustenausbruch das beste Mittel, um den Mitmenschen zu zeigen, daß Theater eben Theater ist und nicht die wirkliche Welt. Aber das sind alte, uralte Unsitten. Nun ist jedoch eine neue hinzugekommen, und um das gleich zu sagen, eine gefährliche, richtiger eine feuergefährliche. Man konnte sie dieser Tage in einem Vortragsaal beobachten. Ein ernstes Vortragsprogramm eines ersten Künstlers hatte die Zuhörer. Da stammte in den hinteren Reihen ein Streichholz auf. Ein „Herr“ wendet dieses neue Mittel an, um sich den Programmmittel anzusehen. Er muß wissen, wie das Gedicht heißt. Und er wiederholt dieses dreiste Spiel bei jedem neuen Gedicht. Ein anderer Herr wendet sich entrüstet gegen ihn. Macht nichts, er wiederholt, stolz auf seine Erfindung, das gefährliche Spiel. Das glimmende Streichholz wird weggeworfen, fällt auf den Teppichbelag, unter das Kleid einer Dame. Aber ein anderes Paar in einer anderen Bank ist so entzückt, daß es das Spiel mit einer Variante nachmacht: es knipst die Taschenlampe an. Hundert Menschen im Umkreis werden durch diese Nachtbeleuchtung in ihrer Ansicht gestört. Auch den Vortragenden muß es stören. Der Saalbesitzer hat kurz vorher eine Dame, die mit ihrem Mantel in den Saal wollte, barsch abgewiesen. Diesem Unfug gegenüber erklärt er sich für unzuständig. Keine Ordnung und nette Aussichten für die Sicherheit in Kinos und Theatern. Die Behörde versichert hoffentlich: Den Herrschaften, die ein Zündhölzchen anstreichen, werden wir es schon — gehörig anstreichen. Die Herren und Damen Vortragenden aber seien hiermit gebeten, falls sie auf den stimmungsvoll verdunkelten Saal nicht verzichten wollen, ruhig jedesmal Licht und Verfall anzufügen.

Kennvereine und Buchmacher.

Dem Vernehmen nach ist es für dieses Jahr beabsichtigt, auf den Berliner Rennbahnen die konzessionierten Buchmacher auch auf den billigeren Plätzen zuzulassen, während sich bisher der sogenannte Wettring nur auf dem teuersten Platze befand. Diese Maßnahme wäre aus steuerlichen Gründen sehr zu begrüßen, denn sie würde endlich dem Unwesen der wilden Buchmacher, das bisher den Staat noch um riesige Steuerumlagen schädigte, den Garaus machen. Der Einwand der Kennvereine, daß die Bahnbuchmacher für sie eine Konkurrenz bedeuten, ist ja nach fast einstimmigem Urteil aller Sachkenner völlig abwegig, eine Konkurrenz für den Totalisator bilden lediglich die zahlreichen wilden Buchmacher, die den kleinen Wettler von der Wettmaschine wegschleudern. Die Rundschau des konzessionierten Bahnbuchmachers rekrutiert sich ja fast ausschließlich aus den größeren Wettlern, die niemals an den Totalisator gehen werden, um nicht durch ihre großen Anlagen, die die Nachläufer anlocken, die Quote zu drücken und sich selbst zu schädigen. Die Erfahrungen des ersten Buchmacher-Jahres haben auch in dieser Hinsicht den schlüssigen Beweis geliefert, daß beide Einrichtungen sehr wohl nebeneinander bestehen, ohne sich die geringste Konkurrenz zu machen. Das staatliche Interesse verlangt

aber, da es an dem den Kennvereinen mit seinen Erträgen überhöhten Totalisator nicht mehr beteiligt ist, die restlose Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten, soweit die konzessionierten Buchmacher in Frage kommen. Denn bei einer stabilen Währung verpricht das Ereignis der Buchmachersteuer, wenn alle Chancen wahrgenommen werden, ein für den notleidenden Staatsfiskus recht erfreuliches zu werden. Uebrigens ist auf der Brunowaldbahn der billigste Platz nicht einmal mit einem Totalisator ausgestattet, er war bisher die ertragreiche Domäne einer großen Schar solcher Buchmacher. Das Geld liegt hier also für den Staat sozusagen auf der Straße.

Mangelhafte Erwerbslosenfürsorge.

Daß Staat, Kommune und das gesamte reaktionäre Unternehmertum in der Zeit größter Volksnot wenig menschliches und soziales Empfinden zeigen, ist bekannt und hier des öfteren dargelegt. Um die lächerlich geringe Unterstützung von 70 Pf. pro Tag zu erhalten, die doch nicht einmal zur Fristung des nackten Lebens ausreicht, muß der Erwerbslose stundenlange, oft unnütze Wege machen, ehe er sich den langen Instanzenweg durchbureaucratisiert hat. Der Bezirk Tiergarten, der wohl räumlich ausgedehnteste, besitzt kein eigenes Stadthaus. Seine diversen Verwaltungszweige sind daher in Privathäuser, Schulen, Baracken untergebracht (Erwerbslosenfürsorge allein in drei verschiedenen Straßen) und zwar an der äußersten Grenze Noobits. Für alle Leute, Beinleidende usw., die entgegengesetzt an der Grenze Schönebergs wohnen, ist es daher geradezu eine Tortur, bei Schnee, Eis und leuten Stiefelsohlen diese Wege zu machen. Warum wird nicht auch in Weste eine Stempelstelle errichtet, oder doch die Abstempelung im nahen Schöneberg erlaubt? Warum muß auch heute noch der wegen Arbeitsmangel auf die Straße Geworfene die achtstündige Karrenzeit durchmachen? Glaubt man, er habe bei dieser elenden Lohnbrüderlei sozial erübrigt, um acht Tage davon leben zu können? Die Arbeiter müssen doch durch die Erwerbslosenversicherung zum großen Teil die Beiträge aufbringen, weshalb also diese rücksichtslose Knauererei? Und ist es nicht ein Hohn, ja geradezu eine Schande, daß den Erwerbslosen — die mit jedem Zehntelpfennig rechnen müssen — noch eine Extrasteuer auferlegt wird? Die städtischen Kassenheine (20 Milliarden) werden schon längst in keinem Geschäft mehr angenommen, kommen aber nach wie vor zur Auszahlung. Da für Groß-Berlin — wie mir gesagt wurde — nur eine Annahmestelle irgendwo existiert, so ist die Frage wohl erlaubt: Wie ist es den Erwerbslosen möglich, ihre zum Teil in unglücklichen Scheinen erhaltene Unterstützung wertbeisändig zu machen? Sollen diese Hungerleider die Schuldenlast Berlins auf diese Art Janieren helfen und noch der wenigen Pfennige Unterstützung beraubt werden? D. R.

Nummernaufruf der Erwerbslosen.

Die in Nr. 5 vom 4. Januar d. J. gebrachte Notiz „Nummernaufruf der Erwerbslosen“ ist vom Landesarbeitsamt ausgegriffen und geprüft worden. Das Landesarbeitsamt schreibt uns dazu im besonderen: „Derartige Veruche sind in Berlin früher auch mehrfach unternommen worden, haben sich aber noch weniger bewährt als die Methode, die Erwerbslosen schicht- bzw. gruppenweise für bestimmte Stunden zum Empfang der Erwerbslosenunterstützung nach den Zahlstellen zu bestellen. Wenn laufende Nummern ausgegeben werden, drängen Tausende von Erwerbslosen schon in frühester Stunde heran, um bei der Verteilung möglichst niedrige Nummern zu erlangen, wodurch sehr erhebliche Unzutraglichkeiten entstehen.“

Die hohen Zeitartenpreise.

Die für den Monat Februar von der Eisenbahnverwaltung für Berlin und Vororte ausgeteilten Zeitartenpreise zeigen ein so sprunghaftes Emporschnellen, wie wir es nicht einmal in der hoffentlich für immer vergangenen Zeit erfahren haben. In einer Zeit der Beruhigung und schärferer Kaufkraft zwecks Senkung aller Preise ist es geradezu unerantwortlich von der Eisenbahnverwaltung, mit einer so enormen Preissteigerung von 150 Proz. vor das Publikum zu treten. Ist man sich an der verantwortlichen Stelle denn nicht klar, daß damit eine preizenlose Beruhigung in den gesamten Wirtschaftskörper getragen wird? Zu-

gegeben sei, daß es der Eisenbahnverwaltung seit Einführung der Rentenmark nicht möglich war, die Rentabilität der Stadtbahn mit den bisher geltend gemachten Fahrpreisen aufrechtzuerhalten. Aber nach zwei Monaten, in einer Zeit der ruhigeren Abwicklung des Wirtschaftslebens mit einer 150prozentigen Preissteigerung herbeizutreten, zeugt von geringer Einsicht in die Verhältnisse der Gegenwart. Unverständlich bleibt es, wie die Stadtbahn bei der vielmal größeren Anzahl Reisenden pro Wagen gegenüber der Vorkriegszeit noch über die Fahrpreise jener Zeit hinausgehen konnte. Anzunehmen ist nur, daß die Eisenbahnverwaltung die Notlage der Groß-Berliner Bevölkerung, die durch den Wohnungsnot gehindert ist, ihre Wohnungen in die Nähe der Arbeitsstellen zu wechseln, rücksichtslos zu ihrem Vorteil wahrnimmt. Gegen eine solche Handlungsweise sollte kein Protest scharf genug sein.

Der Schwindjuchtsbahnhof Stralau-Rummelsburg.

Der Einsender des Artikels freigt immer vom oder nach dem Vollringbahnhof um, sonst hätte er noch bemerkt, daß der am Hauptgebäude befindliche Anzeiger für den nächsten nach der Stadt fahrenden Zug schon seit mehreren Wochen nicht mehr funktioniert. Kranken oder alten Leuten ist es unmöglich, mit dem nächsten Zuge nach der Stadt zu kommen. Von den vier Bahnsteigen A, B, D und E fahren die Züge nach der Stadt. Das Publikum sammelt sich nun auf der Brücke und vor dem Stationsgebäude (nicht angenehm bei der jetzigen Kälte). Fährt nun ein Zug ein, so läuft alles, was laufen kann, nach dem betreffenden Bahnsteig. Dabei kann es einem noch passieren, daß ein später einkehrender Zug zuerst abfährt. Wann wird hier einmal Abhilfe geschaffen werden? R. H.

Die Befreiten.

Wer als echter Wandersmann auch in den Schnee- und Eislagen des Winters seine „Touren“ macht, wird in den vergangenen Wochen die Stille in den Dörfern und auf den Gehöften bemerkt haben. Wo sonst Gackern und Schnattern erscholl, das sich beim Lächeltritten noch verstärkte, herrschte jetzt völlige Ruhe, die das Geborgensein der Bewohner unter der dicken Schneedecke noch mehr hervorhob. Die Tiere des Hofes, all das Kleinvieh, das sich zwischen den Ställen und auf der Straße herumtrieb, war in dem warmen Kuhstall oder dem Pferdegeleis eingesperrt, damit es vor der Einwirkung der grimmen Kälte geschützt sei. Es ist bekannt, daß Hennen, bei denen die „Kämme“ erfrieren, erst viel später mit dem Eierlegen beginnen als jene, die ungefährdet die kalte Zeit überleben. Jetzt ist das Fieberwisch der Freiheit wiedergegeben. Mit breitem Flügelschlag durchziehen sie das alle bekannte Revier, dem sie wochenlang fern bleiben mußten. Und das Grün des Bodens, das die Schneedecke gut konserviert hat, gibt den leckeren Salat ab für die einträgliche Stallfütterung. Aber wer Gelegenheit hatte, einen solchen Geflügelhof öfters zu besuchen, wird bei der jüngsten Anwesenheit manches Haupt vermissen. Die jungen Hähne sind abgeschlachtet worden, unter den Gänsen ist fürchterliche Murrstimmung gehalten worden — wohl denen, die in der Boge sind, sich solche Festbraten zu gönnen! Jetzt ist jedoch das Hauptstadium der Fleischversorgung auf dem Lande angebrochen: die fettgemachten Schweine werden geschlachtet. Auch sie werden aus ihrer engen Kasse befreit, aber nur zum Gange zur Schlacht zugelassen. Das ist nun einmal der Lauf der Welt: warum legen die Schweine keine Eier? Dann würde man sie länger am Leben lassen.

Straßenunfälle im Weltstadtverkehr.

In einem einzigen Vierteljahr, nämlich im letzten des vergangenen Jahres, sind durch Kraftfahrzeuge (ausschließlich der Straßenbahn) und Pferdefuhrwerke insgesamt 508 Unfälle herbeigeführt worden. Davon entfallen auf Kraftwagen 88 Fälle, darunter 2 tödliche, 19 schwere und 53 leichte Verletzungen, auf Kraftomnibusse 2 Fälle, die 2 schwere Verletzungen zur Folge hatten, auf Personenkraftwagen, die nicht im öffentlichen Verkehr Verwendung finden, 156 Fälle, darunter 1 tödliche, 44 schwere und 96 leichte Verletzungen, auf Last- und Geschäftskraftwagen 68 Fälle, darunter 1 tödlicher, 15 schwere und 42 leichte Verletzungen, auf Kraftäder 35 Fälle, darunter 8 schwere und 25 leichte Verletzungen, auf Pferde- und Roschen 10 Fälle, darunter 1 schwere und 5 leichte Verletzungen.

(Nachdruck durch Wall-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Er also starrt mich an. Nun, du kennst mich ja, Tante, und weißt, daß in diesem Falle die Forderung meinerseits unvermeidlich war. Meine Kommilitonen und ich zechen erst noch die ganze Nacht durch, als ob gar nichts geschehen wäre. Dann fährt die ganze Bande per Auto mit hinaus ins Wäldchen; sie warten im Wirtshaus auf mich. Ich also trete an, frisch und munter, wie aus dem Bade gestiegen.“
 „Mein Gott, Jürgen, hastest du denn gar keine Angst?“
 „Aber Tante! ... Also, er bekommt den besseren Platz.“
 steht im Schatten eines Baumes, ich mit dem Gesicht gegen die Sonne ... Na, und schon beim ersten Gang — schwere Abfuhr natürlich.“ „Nun, und jetzt?“ „Gott, jetzt natürlich ehrenvolle Versöhnung. Denn wenn einmal Blut geflossen ist ... Je, das hallo, als ich zurück in die Kneipe kam! Ja, nun aber genug davon!“
 Der breitspurig und noch immer reglos am Fenster stehende Student war von blauem Dampfe eingehüllt. Aus dem Nebenzimmer erklang Gläserklirren. Er schnellte sofort herum, glögte seinem Gast ins Gesicht.
 Da knallte auch Jürgen mit den Absätzen. Die ineinander verkrampften Hände schüttelten sich. Beide Oberkörper zuckten mehrere Male ruckartig und schiefteitwärts aufeinander zu, bis, durch die Handtupplung hergestellt, die wagrechte Zickzacklinie der zwei Ober- und Unterarme in Stirnhöhe feierlich verharrte.
 Und während Jürgen sich auf das Kanapee zurückverbeugte, verbeugte der Student sich der Tür zu und ging in sein danebenliegendes Zimmer, wo auf dem Tisch drei Glas Bier für ihn bereitstanden.
 Der Student hatte die Begrüßungsmaste mit in sein Zimmer getragen. Jetzt erst fiel sie von seinem Gesicht herunter. Und der Ausdruck dumpfer, wilder Konzentration nahm Platz, während er, das Bierglas in der einen, die Taschenuhr in der linken Hand, wartete, bis der Sekundenzähler die Zahl Eins erreichte. Schon vorher war sein Mund ein großes Loch geworden. Plötzlich schloßen die Augen stier und trünten: das Bier stürzte in den Magen. „Bierjunge!“ Und das leere Glas knallte auf den Tisch.

Mit dem Worte „Bierjunge“ spritzte ein Teil des Bieres im Bogen wieder heraus, während die Augen auf den Sekundenzähler starrten. Das Gesicht des Studenten, der auf dem letzten Kommerz von seinem Korpsbruder beim Bierjungen-Trinken besiegt worden war, verzog sich kläglich: er hatte mehr als eine Sekunde zu lange gebraucht.
 „Ich habe wieder geschluckt. Ich schlucke noch. Das ist mein ganzer Fehler.“ Energisch trainierte er weiter: Der Sekundenzähler erreichte die Eins. Großes Loch. Leeres Glas. Ein furchtbarer Brüllton: „Bierjunge!“
 Wieder schnellte der im Nebenzimmer sitzende Jürgen erschrocken von der Kanapeelehne nach vorn und horchte gespannt. Wenige Sekunden später langte von oben herab die Hand des Herrn Geheimrat Lenz auf Jürgens Schulter. „Nun, mein Freund, welchem Korps gehören Sie an?“
 „Bierjunge!“
 „Ah, der Junge äh! Ja, schön ist die Jugend.“ Der Geheimrat Lenz tront gern Roselwein.
 Was wird geschehen, wenn ich gestehe, daß ich keiner Verbindung angehöre, dachte Jürgen. Und sein Mund sagte: „Ich halte das für überflüssig.“
 Die väterliche Hand rutschte von Jürgens Schulter herab und legte sich in die Hüfte des Geheimrats. Der Unterleib schien in die Brust hinaufzusteigen. Die Augen fragten: Was wollen Sie dann bei mir?
 Endlich sagte der Geheimrat: „Junger Mann, nur wer einem Korps angehört, lernt die oberste aller Pflichten, die ihn erst befähigt, später zu den Ersten, zu den Führern seines Volkes zu gehören: die schwere, aber schöne und erhabene Pflicht des Gehorsams, das freie Beugen vor der Autorität, ohne welche nichts in der Welt bestehen kann ... bestehen kann. Die Narben im Gesicht des Korpsstudenten sind die Bürgschaft dafür, daß der ganze Mann, der für seine und für des Korps Ehre ohne zu zucken dem Gegner mit blanker Waffe gegenübergestanden hat, auch später, wenn's einmal so weit ist und Gott es will, bis zum letzten Blutstropfen dem Vaterlande die Treue halten wird, wenn es gilt, die Ehre des Reiches zu wahren ... Aber außerdem: wie wollen Sie vorwärtskommen? Wie anders wollen Sie es zu einer geachteten, einflußreichen Stellung bringen? ... Denken Sie an Ihren Vater. Er war mein Freund. Wir gehörten demselben Korps an. Er war ein Mann.“
 Und ist, wie ich jetzt weiß, zusammengebrochen und koputtgegangen, weil er nicht erreichte, Vortragender Rat im Ministerium zu werden, dachte Jürgen.

Und glitt, während er durch die Straßen ging, noch eine halbe Stunde lang weiter auf dem glatten Eis, das der Geheimrat vor ihn hingelegt hatte. Bei einem kleinen Kolonialwarenladen, in dessen Schaufenster ein langbärtiger Zwerg aus Gips eine Zigarre rauchte, blieb er stehen.
 Haß und Ekel vor dem Jürgen, der in des Studenten Zimmer das imaginäre Duell ausgefochten hatte, packten ihn so plötzlich und so heftig, daß er sich auf das Mäuerchen setzen mußte, auf dem das Schaufenster ruhte. „Welch ein erbärmliches, widerliches, feiges Schwein bist du!“ rief er dem Zwerg im Schaufenster zu. Jede Bewegung, jedes Wort, das jener Jürgen gesprochen hatte, folterte den Jürgen, der, brennend vor Scham, auf dem Mäuerchen saß.
 Da schwenkte, laß, glück- und hoffensfallentglatt, Adolf Sinsheimer um die Ecke, nahm schon in der Ferne feierlich den Zylinder ab. Unwillkürlich hatte auch Jürgen feierlich gegrüßt.
 „Große Aufregung im Hause Lenz, was?“ fragte Adolf, nachdem er erfahren hatte, wo Jürgen gewesen war. „Wirklich nichts bemerkt? Dann wissen die es einfach noch nicht ... Bestern nämlich ist Katharina von zu Hause durchgebrannt. Schlangentanz zu den Anarchisten! Die fabriziert jetzt Bomben. Auch eine Beschäftigung! ... Uebrigens, du gestattest doch, daß ich mich bedecke?“
 „Weshalb solltest du deinen Zylinder in der Hand halten!“ Jürgen war wütend.
 „Ein ereignisvolles Jahr! Man entwickelt sich schneller, als man glaubt hat. Ich sitze längst im Direktionsbureau. Rechte Hand des Chefs! Und was das Leben anlangt, mein Lieber, da akzeptiere ich keine mehr, die nicht tadellos gewachsen ist. Vor allem die Beine! Kann mir nicht mehr passieren.“
 Was ist da zu tun — er entwickelt sich, dachte Jürgen und blickte Adolf nach, der frisch und glatt davonschritt. „Was ist da zu tun.“
 Plötzlich stand Adolf wieder vor ihm. „Leo Seidel war bei mir. Total zusammengeklappt! Mein Alter hätte ihn ja als Schreiber in unserer Buchhaltung angestellt. Er aber erkundigte sich nach den Aufstiegsmöglichkeiten. Was sagst du dazu? ... Mein Alter fragte ihn, ob er ihm vielleicht Prokura erteilen solle. Schwuppdiß — war er draufhen ... Später erfuhr ich, daß er zu allen früheren Mitschülern läuft, deren alte Herren, wie er glaubt, ihm einen Posten mit — huch, die Verchel! — Aufstiegsmöglichkeiten verschaffen könnten.“ (Fortsetzung folgt.)

Fort mit dem Ausnahmezustand!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtags-Sitzung stand der kommunisistische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Abg. Dr. Meyer-Dsprenghausen (Komm.) begründet den Antrag. Mehr und mehr wird der Ausnahmezustand benutzt, um die gesamte Arbeiterbewegung zu knebeln. Der schlimmste Mißbrauch wird von den Justizbehörden mit dem Ausnahmezustand getrieben. Der reaktionäre Staatsanwalt Dr. Thomas in Königsberg hatte mit ganz jodenschmeiger Begründung mehrere Kommunisten in Untersuchungshaft genommen. Als sich die Unmöglichkeit des Haftbefehls herausstellte, schrieb dieser Staatsanwalt dem Militärbefehlshaber, er müsse leide, die Untersuchungshaft aufheben, anstelle aber, die betreffenden in Schutzhaft zu nehmen. Die Schutzhaft führt zu den tollsten Mißbräuchen. Ein Arzt ist acht Wochen in Schutzhaft gefesselt worden, weil er ärztlicher Berater des Arbeiter-Samariter-Bundes war. Im Wehrkreiskommando IV ist ein Schutzhaftbefehl so formuliert worden: „Der Jude R. R. ist in Schutzhaft zu nehmen.“ Ein Bürgermeister wurde mit der Begründung in Schutzhaft genommen, er habe immer gegen die fabrikanterne Stellung genommen. Der thüringische Militärbefehlshaber hatte Mißbrauch keine Macht, um kommunistische, sozialdemokratische und demokratische Lehrer und Beamte des Amtes zu entlassen und dafür keine politischen Gesinnungsgegnern unterzubringen. Redner wendet sich gegen den sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten und andere sozialdemokratische Beamte im Reich, denen er Schlitzen gegen die Kommunisten vormacht.

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnat. Sp.): Die Kommunisten verfolgen das Ziel, die bürgerliche Gesellschaft hinwegzuwischen. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn das Bürgerium sich des nicht ruhig gelassen läßt. Die Frage, ob der militärische Ausnahmezustand durch den zivilen ersetzt werden kann, müssen wir verneinen. Das Bürgerium hat in weiten Kreisen zu der Schutzpolizei nicht das Vertrauen, das sie insinuiert ist. Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Minister Severing hat der Schutzpolizei nicht diejenige Stärkung angedeihen lassen, die das Bürgerium erwarten mußte. Er hat in einem Erlass vom 3. November 1923 verfügt, daß bei der Ausführung der Polizeimaßnahmen unter Berücksichtigung aller der Arbeiterorganisationen angehörenden Parteien der Erfolg aus den zur Verfügung der Republik erschlossenen Kräften zu entnehmen sei. Demnach sollen in erster Linie Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in die Schutzpolizei einbestellt werden. Wie soll aber eine so zusammengesetzte Polizei wirksam eingesetzt werden, wenn es gegen Streiks geht, die von denselben Gewerkschaften inszeniert sind.

Innenminister Severing

weist darauf hin, daß schon vor einigen Monaten in einer Konferenz der Ministerpräsidenten der preussische Ministerpräsident sich mit den Vertretern der übrigen Landesregierungen verständigt hat, bei der Reichsregierung die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes zu befürworten. Diese Erklärung wurde von der Staatsregierung auch heute noch als richtig anerkannt. Der Minister wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Hoffmann-Münster, der im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Reichsversammlung Angriffe gegen die Schutzpolizei erklärt habe. Wenn die Auffassung des Abg. Hoffmann richtig wäre, dann könnte die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes überhaupt nicht erfolgen. Selbstverständlich sind wir in absehbarer Zeit nicht in der Lage, die Stärke der Schutzpolizei zu bestimmen, wie wir das wünschen. Wir sind darin abhängig von den Bestimmungen des Versailleser Vertrags. Der Ausnahmezustand darf nicht zur Regel werden; er vertritt sonst ein Aktum. Es wäre überflüssig, noch ein besonderes Lob für die Schutzpolizei auszusprechen.

Was die Schutzpolizei in den letzten Jahren geleistet hat, spricht für sich selbst.

(Debb. Zustimmung b. d. Mehrheit.) Nach der Auffassung des Herrn Hoffmann wäre bei Rechtsorganisationen erst besonders zu erwägen, ob und mit welcher Unterstützung sie bei der Schutzpolizei zu einem einseitigen parteipolitischen Instrument machen. Als in den ersten Novembertagen die Gerüchte über die Waffstellung bayerischer Freikorps an der thüringischen Grenze bekannt wurden, haben sich demokratische und gewerkschaftliche Organisationen der Regierung zur Verfügung gestellt. Ich habe diese Hilfe abgelehnt und dabei die Zustimmung aller militärischen Kreise gehabt. Dagegen habe ich angeordnet, daß die Büden in der Schutzpolizei sofort reiflos ausgefüllt werden. Selbstverständlich müssen wir in der Schutzpolizei auch alle Armeesoldaten haben. Solange es in Deutschland noch Verschwörer gibt, solange liegt es im Interesse Deutschlands, daß wir uns eine starke, organisierte Schutzpolizei erhalten. Die Ernennung eines sozialdemokratischen Volksaschullehrers zum Polizeipräsidenten in Dortmund ist kein Ausfluß sozialdemokratischer Beifälligkeit der Berliner Zentralbehörde. Bei wirtschaftlichen Streikigkeiten ist die Schutzpolizei verpflichtet, sich ganz neutral zu verhalten. Bei Ausschreitungen muß sie natürlich eingreifen.

Nach von Militärbefehlshabern, die ihren Sitz nicht in Preußen haben, ist die Inanspruchnahme der preussischen Schutzpolizei schon erwogen worden.

Abg. Dr. Vrensh (Dem.) erklärt, keine Fraktion werde für den kommunisistischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes stimmen. Die Handhabung der politischen Polizei müsse in der Reichsregierung zentralisiert werden. Die Reichswehr dürfe nur die Exekutive darstellen. Nach der Weimarer Verfassung solle die Suprematie der Justizgewalt über das Militär aufrechterhalten werden. Dieser Bestimmung entspricht aber der gegenwärtige Zustand nicht. Wir wollen nicht, daß das Ansehen der Republik, der Demokratie geschädigt werde. Wo bleibt das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung? Es mußte vor allem die Bestimmung enthalten, daß die vollziehende Gewalt niemals aus der Hand der Justizbehörde in die der Militärbehörde übergehen dürfe. Hoffentlich kommen wir wieder zur Aufstellung eines Heeres, aber eines Milizheeres. Bis dahin muß zwischen dem jetzigen Heer und der Bevölkerung ein Vertrauensverhältnis bestehen.

Abg. Ruffner (Soz.):

Wir stimmen dem Antrag der Kommunisten zu. Wenn Herr Hoffmann-Münster hier auf die Disziplin der Reichswehr ein Vokabular legt, wie er es mit der Tatsache, daß in Bayern immer noch ein Reichswehrgeneral amtiert, dem kein oberster Chef Befehlungsbruch vorgeworfen hat? Der Ausnahmezustand war von Reich wegen gegen die „Ordnungsgasse“ Bayern gerichtet; gegen Bayern und den dort herrschenden tatsächlichen Ausnahmezustand hat er sich als wirkungslos erwiesen. Wir sind im Augenblick bei Herrn Hoffmann dem Minister Severing außerordentlich dankbar, daß er uns mit Hilfe der Schutzpolizei vor bayerischen Zuständen bewahrt hat. Die Notwendigkeit der Fortdauer eines militärischen Ausnahmezustandes sehen wir nicht ein. Mit außerordentlichem Befremden haben wir wahrnehmen müssen, daß unter dieser Firma eine völlig unethische Umgestaltung und Zerschlagung unseres Rechtszustandes durchgeführt worden ist. Was man uns hinsichtlich der Umstrukturierung vorgeworfen hat, das führt man jetzt als Empfehlung tatsächlich durch! Unter den gestrigen Früchten dieses Ausnahmezustandes figurieren vor allem auch das Verbot ganzer Parteien — der beste Beweis, diese Parteien groß zu machen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Abg. Meyer-Dsprenghausen legt Redner dar, daß der militärische Ausnahmezustand die Generäle der Reichswehr nur politische Aufgaben stellt, denen sie nach ihrem eigenen Werdegang immer mehr gewachsen sein können; die Rechte müsse daher gerade auf

Grund ihres Wohlwollens für die Reichswehr von dieser Forderung ablassen. Sollte man auf der rechten Seite des Ansehens des Generals Hoffe in Thüringen oder des Generals v. Tschirchow in Steier nach den unglaublichen Mißgriffen, die sie in Ausübung der vollziehenden Gewalt begangen hätten, für gerechtfertigt?

General v. Cohnberg

in Münster hat, allerdings „jambolisch“ als Erziehungsmittel beim Militär die „pästerliche Ohrfeige“ empfohlen. In der Zeit des Kapp-Putsch hat eben derselbe Herr v. Cohnberg von Kassel aus eifrig für Kapp sich aufgetan. Und eben dieser Herr v. Cohnberg darf es sich jetzt leisten, Verammlungen zu verleiten, in denen der frühere Reichsminister Solmann seinen Wählern Bericht erstatten will! Wenn wir mit Recht empört sind über die schändlichen Exzesse der französischen Generale und Offiziere im besetzten Gebiet, so dürfen wir nicht selbst den Franzosen die billige Gelegenheit geben, hohnlachend auf Sachsen und Thüringen zu verweisen. Warum wird der Ausnahmezustand überhaupt noch aufrechterhalten? Es geht ja in ganz Deutschland viel ruhiger zu als noch vor 3 oder 4 Monaten; der Damm, der noch wahrzunehmen war, kam von deutschösterreichischer Seite. Herr Hoffmann scheint den Ausnahmezustand verewigen zu wollen; er und die um ihn möchten am liebsten gar keine verfassungs-

mäßigen Zustände mehr, um so endlich zu ihrer Diktatur zu gelangen und das Heft in die Hände zu bekommen. Ein Ausnahmezustand kann aber schon seinem Begriffe nach nur von beschränkter Dauer sein. Wir sehen uns in unfernen Verfassungszuständen bedroht, und wir müssen schon aus Rücksicht auf das Ausland den Bestand der Verfassung mit aller Kraft zu garantieren bemüht sein. Die Vereinfachung einer großen Machtfläche in wenigen Händen muß schließlich die Verfassung selbst bedrohen; darum fort mit dem Ausnahmezustand! (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann-Münster (Dnat. Sp.) erklärt, daß auch er keine Vereinfachung des Ausnahmezustandes wolle. Bei keinen Vorwürfen gegen die Schutzpolizei habe er sich nur gegen deren Politisierung gewandt, wie sie durch den Erlass des Ministers Severing betrieben worden sei. Die Schutzpolizei müsse unbedingt unpolitisch sein.

Damit schließt die Aussprache.

Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Charpentier (Komm.) wird der kommunisistische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrumsabg. Stieker angenommen. (Debb. Beifall links.)

Mittwoch 12 Uhr: Grundsteuerreform.

Wirtschaft

Billiges Saatgut.

In den Sälen des Zoologischen Gartens fand gestern, Dienstag, der V. Allgemeine Deutsche Saatmarkt bei reichlichem Angebot besser Ware statt. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt es fertig, ihren Lesern nur ganz nebenbei Preise einiger weniger wichtigen Samenarten mitzuteilen. Von den Angeboten in Weizen und Roggen schreibt sie überhaupt nichts. Dabei liegen auch die Preise für dieses Saatgut in bester Qualität nicht unerheblich unter den letzten Notierungen der Berliner Produktionsbörsen. Dennoch wurde nicht viel gekauft; es wird mit weilerem Rückgang der Preise gerechnet. Damit müssen sich aber die Produktionskosten der Landwirte verbilligen. Rabazu täglich klagt die „Deutsche Tageszeitung“ über die Höhe der Produktionskosten. Jetzt, da sich deren Verbilligung verbodert modert — unerwünscht für ihre agrarischen Leser nicht. Wir nehmen natürlich an, daß das nur ein Versehen ist. Oder sollten da unausgesprochene Absichten bestehen?

Differenzen Otto Wolff—Sowjetrußland.

Der Otto-Wolff-Konzern hat seinen im Jahre 1922 abgeschlossenen Konzessionsvertrag, wonach der Konzern gemeinsam mit der Sowjetregierung die Deutsch-Russische Handels A.-G. („Ruhgerort“) begründete, gekündigt. Der Grund der Kündigung besteht in geschäftlichen Differenzen. Der Konzern erhebt gegen die Sowjetregierung den Vorwurf vertragswidrigen Verhaltens. Die russische Handelsvertretung hat ihrerseits Auspruch erhalten, falls der Konzern zustimmt, den Vertrag ohne Einhaltung der Kündigungsfrist mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Die tatsächlichen Vorgänge, die zu diesem Konflikt geführt haben, sind schwer erkennbar, obwohl die beiden Kontrahenten die Presse mit Erklärungen bombardierten.

Die vom Otto-Wolff-Konzern ausgesprochene Kündigung des russischen Konzessionsvertrages berührt, wie dem Ost-Express mitgeteilt wird, aufs engste die Interessen vieler deutscher Wirtschaftskreise, weil sie mit verschiedenen grundsätzlichen Fragen zusammenhängt, von denen beiderseitiger Lösung nicht nur die Ermüdung des deutsch-russischen Geschäfts abhängt, sondern auch das Problem des Ausgleichs zwischen russischen und ausländischen Wirtschaftsinteressen. Gegenüber der Aneignung des russischen Kommuniqué, daß auf die Kündigung politische Gründe Einfluß gehabt hätten, wird betont, daß damit Fragen von größtem wirtschaftlichen Interesse auf das politische Gebiet hinübergespielt würden, mit dem sie nichts zu tun hätten. Es heiße die Schwierigkeiten unnötig vermehren, wenn versucht würde, die in den verschiedenen Wirtschaftssystemen beruhenden Gegensätze mit politischen Erwägungen und Absichten zu verdrängen. Wohl aber hätten Rußland sowie die Staaten, die Rußland bei seinem Wiederaufbau helfen wollen, ein gleichmäßiges Interesse daran, daß derartige Fragen rein unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt zu einem befriedigenden Ausgleich kommen.

Wie aus den Kreisen des Wolff-Konzerns mitgeteilt wird, entspricht der von russischer Seite erhobene Vorwurf, daß der Konzern die eingegangenen Kreditverpflichtungen nicht eingehalten habe, nicht den Tatsachen. Der Konzern habe seit der Begründung der Deutsch-Russischen Handels A.-G. keinen Abfertigungsauftrag zurückgewiesen, durch den die vereinbarten Kredite in Anspruch genommen werden sollten, und habe auch während der Ruhrbesetzung seine Lieferungen aus dem besetzten Gebiet und aus dem Auslande durchgeführt. Sinegen seien die eingeräumten Kredite von russischer Seite nicht nur nicht genügend ausgenutzt worden, sondern die Sowjetregierung

habe den Konzern bei der Erteilung der Einfuhrkonzessionen solche Schwierigkeiten bereitet, daß der Umfang der Geschäfte der „Ruhgerort“ in keinem Verhältnis zu den Kreditverpflichtungen des Otto-Wolff-Konzerns stand, mit welchen der Konzern bei seinen Kapitaldispositionen zu rechnen genötigt war. In verschiedenen Fällen, wo der Konzern Geschäfte so weit vorbereitet hatte, daß sie vollkommen reif zum Abschluß waren, seien im letzten Augenblick russische Trübsal dazwischen getreten und hätten ihrerseits die betreffenden Geschäfte durchgeführt. Endlich habe die Sowjetregierung die Arbeit der „Ruhgerort“ in Rußland dadurch erschwert, daß sie die Befolgung der deutschen Beamtenstellen durch Verweigerung der Einreiseerlaubnis und durch Ausweisungen durchkreuzte und die russischen Beamtenstellen mit ungeeigneten Persönlichkeiten zu besetzen suchte.

Aus den gegensätzlichen Meinungen ist dennoch vorläufig nur zu erkennen, daß das beschriebene Geschäft, abgesehen von der Ruhrbesetzung und seinen Folgen beiseite gelassen, nicht funktioniert hat, weil die wirtschafts-politische und die östlich-staatskonzessionistische Praxis nicht in Übereinstimmung zu bringen waren.

Gold-Buchführung.

Soweit die Buchführung in Betracht kommt, ist jetzt auf Grund der zweiten Steuerreformordnung eine Ausführungsverordnung erschienen. (Reichsgesetzblatt vom 29. Januar.)

Der § 1 der Verordnung bestimmt, daß spätestens vom 1. Februar ab alle Buchungen in Goldmark (10/42 Dollar, Dollar, Pfund, holländischen Gulden oder Schweizer Franken geführt werden müssen. Das kann ein schöner Brei werden, denn diese Wägen schwanken so dauernd in ihrer Beziehung zur Mark. Kein Kaufmann kann wissen, ob er z. B. bei einer Buchführung in Schweizer Franken sich ins eigene Fleisch oder in das anderer schneidet. Die Auswahl der Buchungsanlage ist so eine Spekulation. Am ehesten erscheint noch eine exakte Buchführung in flämischer Goldmark (10/42 Dollar) möglich.

Der § 2 besagt, daß auch die Buchführung in Rentenmark oder in Wilmart (1 Billion Papiermark) zulässig ist. Falls dieses Wertverhältnis nicht mehr gegeben sein sollte, müssen die Bücher in Goldmark geführt werden. Das heißt, daß bei einer auch nur leichten Schwankung unserer derzeitigen, nur im Inland, hier aber allgemein üblich gewordenen Zwischwährung (Rentenmark) täglich alle Buchungen umgerechnet werden müssen.

Das Reichsfinanzministerium scheint sich die Buchführung verhältnismäßig leicht und die Schaffung der wirklichen Geldwährung recht einfach vorzustellen. Hoffen wir, daß sein Optimismus recht behält. Im Übrigen werden Industrie und Handel zu dieser Verordnung wohl noch einiges zu sagen haben.

Keine Änderung des Diskontsatzes.

In der Zentralschulung der Reichsbank gab der Reichsbankpräsident einen kurz n Bericht über seine Reise nach London und Paris, der zum größten Teil verkauflicher Natur war. Dr. Schacht betonte, daß Gründe vorliegen, die eine optimistische Auffassung erwidern. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde u. a. auch die Reduzierung des Diskontsatzes für Papiermarkkredite erörtert, die aber angesichts der mäßigen und durchaus gesicherten Papiermarkkredite als gegenstandslos bezeichnet wurde.

Neue Kohlenverträge der Eisenbahn.

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die deutsche Reichsbahnverwaltung sich bemüht, durch deutsche Kohlenlieferungsverträge von den Kosten des englischen Abkommens loszukommen. Das jetzt geltende Kohlenabkommen mit England läuft voraussichtlich im März dieses Jahres ab. In den letzten Tagen ist nunmehr ein Abkommen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den deutschen Kohlenproduzenten abgeschlossen worden, wobei die Eisenbahnverwaltung erklärt, einen monatlichen Bedarf von 1 100 000 Tonnen zu haben. Bisher sind jedoch nur 772 000 Tonnen geliefert. Auf das Ruhrgebiet entfallen hiervon 480 000 Tonnen. Ob aber die Mengen geliefert werden können, hängt im wesentlichen von der Wogenstellung durch die Regte ab. Die Werte im besetzten Gebiet liegen noch immer über Wägen- und Wogenmangel, weshalb auch die Arbeitskräfte noch wie vor dauern.

Hoffentlich ist die Eisenbahnverwaltung klug genug, endlich Kohlenpolitik zu treiben. Deutsche Kohle muß in ihrer Preisgröße nicht unbedingt durch die Lieferungsverträge mit der Eisenbahn verankert werden.

Eine internationale Bank. Es wird uns mitgeteilt, daß beländische Banken in Amsterdam eine neue Bank zum Zwecke der Durchführung internationaler Geschäfte erwidert haben. Die Bank erhält ein vollgezeichnetes Kapital von zehn Millionen Gulden und trägt den Namen „Internationale Bank in Amsterdam“. Die Stockholms Enskilda Bank, Stockholm, und die Darmstädter und Nationalbank, Berlin, haben bei der Gründung mitgewirkt. Die Londoner Vertreter des neuen Instituts sind Lazard Brothers & Co. und Lloyds Bank, die sich gemeinsam mit der Whitehall Trust an der Bank beteiligt haben.

Die Wirkung der Stilllegung der polnischen Notenzettel. Infolge der Einstellung des Notendruckes enthielt gestern eine Post an der Warschauer Börse. Die ausländischen Devisen begannen rapide zu sinken. Demnach scheint die neue Notenzettel nicht einigmaßen Vertrauen zu erwecken. Die Regierung hat deswegen einen vorübergehenden Erlass herausgegeben. Der Anruf betont auch, daß eine Deklaration der notwendigen Staatsausgaben, wie beispielsweise der Beamtengehälter, nur dann möglich sei, wenn die gesamte Bevölkerung mitwirke, die erforderliche Steuererleichterung und mögliche Ertragskraft der inneren Arbeit zu erzielen. Die Regierung habe bereits eine Anleihe auf der Grundlage des Goldfranken und Steuerbonds ausgegeben und werde in nächster Zeit

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung vom Dienstag, den 29. Januar

offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels E. V. Berlin Die Preise verstehen sich in Gold-M für 50 kg in Originalpackung ab Lager Berlin

Gemüserosen, lose ..	16,25	16,70	Schwarzer Pfeffer (eingep.)	141,70
Gerstendurche, lose ..	16,25	16,70	Weißer Pfeffer ..	141,00
Haisrücken, lose ..	16,45	16,7	Piment Jamaica ..	79,1
Haisgrünze, lose ..	17,55	17,75	Rohkaffee Zentralam. ..	285,00
Maisgrün ..	20,25	20,55	Rohkaffee Prime ..	192,0
Maisbunde, lose ..	23,50	23,75	Rohkaffee Superior ..	177,0
Re gemahlte Öl ..	11,50	14,5	Rohkaffee Zentralam. ..	385,00
Weiz gemahl ..	18,10	19,90	Rohkaffee Brasil ..	260,00
Hartseife ..	22,0	24,00	Malkaffee, gepackt ..	25,00
2 * Weizenmehl ..	14,20	15,25	Rohkaffee, lose ..	17,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00	18,5	Erbsen mischung mit 20% ..	78,00
Speisebun, Victoria ..	26,00	27,0	Kakao, gepackt ..	130,00
Speisebun, kleine ..	18,00	18,50	Fee in Kisten Souchon ..	350,00
Bohnen, weiße, Perl ..	24,00	24,0	Inlandszucker nass mel ..	42,50
Linsbohnen, hanverlie ..	30,00	31,00	Zucker Würfel ..	47,50
Linsen, kleine ..	27,00	33,0	Kunsthonig ..	6,0
Linsen, mittel ..	34,00	44,00	Marmelade Pfirs. Erdb ..	108,00
Linsen, große ..	44,00	50,00	Marmelade Vierfrucht ..	50,00
Kartoffel mehl ..	18,50	—	Sie-essalz in Säcken ..	5,5
Kartoffel, lose ..	4,70	—	Sternsalz in Säcken ..	4,50
Schnitzmehl n. 10/12 ..	27,40	—	Sternsalz in Packung ..	4,50
Burma II unraffiniert ..	26,00	—	Stearin in Packung ..	4,00
Siam Paria II glasiert ..	27,20	—	Stearin in Packung ..	4,00
Orober Buchweizen ..	18,70	—	Bratenschmalz in Tierces ..	72,00
Reisgrübe n. mehrl, lose ..	14,25	—	Bratenschmalz in Kisten ..	72,00
Rin-Apple, amerik. extra ..	123,00	—	Pustelard in Tierces ..	70,00
choise ..	118,00	—	Pustelard in Kisten ..	71,00
Oetr Anrikosen, cal fancy ..	140,70	—	Speiseöl in Packung ..	24,00
Oetr Hirsen, cal fancy ..	140,70	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Getr. Pflaumen, cal extra ..	14,00	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
choise ..	14,00	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Oetr Pflaumen ..	64,50	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Korinthen in Kist. choice ..	85,20	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Rosinen in Kisten Candia ..	77,40	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Dessert-Laraborn ..	9,50	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Saltanin in Kisten ..	103,70	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Mandeln, bürger Bari ..	140,00	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Mandeln, süße Avola ..	102,80	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Kaneel ..	193,50	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Kassia Vera ..	116,50	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Kammel, holländischer ..	166,0	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00
Netken Zanzibar ..	244,70	—	Speiseöl in Kisten ..	24,00

andere Papiere auf der Grundlage des Goldfranken zur Ausgabe gelangen lassen. Da die Postsparkasse Ersparnisse auf der Grundlage des Goldfranken annehme, werde die Bevölkerung wieder wie vor dem Kriege in die Lage versetzt, Geldersparnisse anzulegen. Im ganzen Lande müsse der gesunde Sinn für Sparen wieder auf-

leben und auf dieser Grundlage ein gesunder Staatskredit erblühen, der Polen so notwendig sei. Demnach will man in Polen ebenfalls der Inflation ein Ende machen.
Ein amerikanischer Petroleumstand. Petroleum ist nicht nur Diplomatie, sondern auch — Nebengeschäft. In Amerika sind davon

wieder einmal alle Zeitungen voll. Der amerikanische Petroleumkönig Sinclair soll einen Staatssekretär bestochen haben. Erst wurde das von beiden Seiten bestritten, jetzt spricht man von „Darlehen“. Das nächste Wort haben die Gerichte. Vielleicht beleuchten sie die Praktiken jener Geschäfte im Interesse der Öffentlichkeit.

„RADIO-PRIVAT“

heißt die neue Sonderabteilung, die jedem Privatkunden Radio-Apparate durch eigene Monteur, auch außerhalb zuverlässig funktionierend, ohne Mehrkosten aufstellt. Höchste Leistungsfähigkeit. 1 Jahr Garantie. In Referenzen, Austausch älterer Modelle in neue. Lautsprecher wie englische M. 75.—. Wiederverkäufer Rabatt. 100 Apparate sofort greifbar in allen Preisstufen.

Radio-Fink, Berlin Friedrichstr. 74
Merkur 2554.5

„RADIO-PRIVAT“

Unser drittes
Spezialgeschäft
für
Damenwäsche und Strümpfe
Cottbuser Damm 10
(unweit Jandorf)
wird **Donnerstag, d. 31. d. M., eröffnet**

Wir halten an unseren alten Grundsätzen, denen wir unsere bisherigen Erfolge verdanken, unentwegt fest, legen bei bekannter Preiswürdigkeit den Hauptwert auf gute Qualitäten, reichhaltige Auswahl und geschmackvolle Ausführung. Gleichzeitig weisen wir auf den bis zum 9. Februar in unseren Geschäften Friedrichstrasse 47 und Königgrätzer Strasse 17 stattfindenden **Inventurverkauf** hin.

Von unserer Preiswürdigkeit nur einige Beispiele:
Baumwollstrumpf, schwarz u. farbig, Paar 0.60 M.
Kunstseide, fehlerfrei, Paar 1.75 M.
Untertaille in Stoff, breite Stickerei 1.50

Mengenabgabe vorbehalten.

Wäschehaus
Hauptgeschäft: Friedrichstrasse 47
1. Geschäft: Königgrätzer Str. 17
3. Geschäft: Cottbuser Damm 10
Fernspr.: Amt Köpenick 5652

6 billige Tage 6

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, Dienstag, Mittwoch,
31. Jan. | 1. Febr. | 2. Febr. | 4. Febr. | 5. Febr. | 6. Febr.

Der Erfolg meiner Spezialangebote beweist ihre große Preiswürdigkeit!

Sacco-Anzüge in modern Stoffen und Formen schöne Muster, gute Verarbeitung 24 ⁰⁰	Ulster und Schlüpfer Fischgrätenmuster, marengo u. farbige Plauschstoffe mit angewobtem Futter, neueste Formen 24 ⁰⁰
Frühjahrs-Anzüge Homespun, Cheviots, sehr gute Verarbeitung 31 ⁰⁰	Paletots marengo und schwarz, vollener Futter, elegante Ausführung 44 ⁰⁰
Sacco-Anzüge erstklassige Stoffe, blau, gestreift, moderne Muster, Krause für Maß, beste Schneiderarbeit 46 ⁰⁰	Frühjahrs-Mäntel tolle Sportfasana, Covercoat, Cheviots, Homespun, entlockende Muster 24 ⁰⁰
Jünglings-Anzüge blau u. Phantasiestoffe, gute Verarbeitung, auf Taille, prima Paßform 24 ⁰⁰	Gummimäntel erste Fabrikale Salin, Cover, Covercoat, tolle Formen 20 ⁰⁰
Cutaways marengo und schwarz, eigene Fabrikation, ganz vorzügliche Verarbeitung 37 ⁰⁰	Gestreifte Hosen Kammgarn, Cheviots, auch schwarze, Kellnerhosen, Hosenwahl 9 ⁰⁰
Fantasie-Westen prima Stoffe, schöne Muster, auf u. Streifen, neuartige Formen 13 ⁰⁰	Sport-Breeches Manchester, Whypon, Homespun, prima Paßform 9 ⁰⁰
Sportjacken Sportwesten, self-Sweaters, Neuheiten, prima reine Wolle, entlockende 23 ⁰⁰	Stoffe blaue Kammgarn-, graue Kammgarn-Cheviots, Hosenstreifen und pa. Qualitäten 140-150 cm breit 6 ⁰⁰

Kurt Gross
Friedrichstraße 118 am Granlenburger Tor • Ober Café Stern • Kottbuser Damm 73

Bequeme Zahlweise bei späterer Abholung gestattet!!!

Direkt an Private

22 20 18 22 cm
Liefere ich wie oben abgebildet

3 Stück Aluminium-Schmortöpfe
1 Stück Aluminium-Wasserkessel
je 6 Stck. Alum.-Löffel, Gabeln und Teelöffel

in sauberer Ausführung zum Preise von 15 Rentenmk. franco geg. Nachnahme. Alle Sorten Aluminiumwaren ebenfalls prompt und billig. — Preisliste gratis.

Walter Thomas, Northeim (Hannover)

Th. I. Admiralspalast
Abendlich 7 1/2 U.
Oranien und Gröber
Deutsch-Opernhaus
7 1/2 U. Die Zauberkiste
Blech, Lustmann
Intimes Theater
5: Der Hieduprinz
Der Scherz usw.
Metropol-Theater
7 1/2 U. Marletta
Operette v. Kollo
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 U. Lily Flohr in
Meine Tochter Otto
Neues Volkstheater
8 Uhr: Die keusche
Susanne
Renaissance-Theat.
7 1/2 U. Kampf der
Geschlechter
Thalia-Theater
7 1/2 U. Prasquitta
Operette von Lehár
Kam.-S. Jadowker,
Martha Serak
Theater d. Harmonien
7 1/2 U. Die Post-
meisterin
Volkstüm. Preise!

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Don Pasquale**

Wien-Berlin
Unterhaltungs-Varieté
Täglich 8 Uhr:
Das große Programm!!
Die bekannte warme und kalte Küche!!
Große Bier-Abteilung
Sonnabende u. Sonntage nachmittags:
Das große Programm!
zu halben Preisen.

Apollo-Theater
7 1/2 Uhr Dir James Klein 7 1/2 Uhr
Das weltberühmte Schauspiel:
Volk und Krone
I. Teil aus
Ein Ludwigs Bismarck-Trilogie
Über 200 Mitwirkende!
Burgtheater u. k. k. Hofopernhaus

Verkäufe
Reberhandwagen, Leiterwagen, Holz-
tore, Einzelsitze, Rohrl. Dresden-
trische 50.
Kopfhilf, Brillen, Dinnobeden be-
deutend billiger. Stein, Anflamer-
Kocher 20.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel
Ruhbaum Büfette, Archengen 50,
Sofaumbau, Sofas 50, Spiegelrahmen,
Spiegel 20, Ausziehtische, Stühle 5,
Reisbühnen, Bettrosen 50, Kuch-
betten 20, Bücherschränke 50, Goldmört,
Röhrenhaus Kommode, Rohlenien-
allee 50.
Möbel-Geh. Große Frankfurt
Straße 50 (5 Minuten vom Haupt-
bahnhof, Alilale Badstraße 47/48, 5 Mi-
nuten vom Bahnhof Gesundbrunnen)
verkauf gegen bar oder kleine An-
zahlung u. Abzahlung in billigen freien
Schlafzimmer, Speisezimmer, Beren-
zimmer, Röhrgarnituren, Röhren, Einzel-
möbel.
Vollständiges, Kaffeezimmer,
Bürobetten, Schlafsofas, Wälder,
Stegarderküche etc. etc.
Hauptabteilung billige Ruhbaum-
Schreibtisch, Bücherschränke, Bett-
rosen, Großmüser 7 part. 5404b
Weslingbetten, Doppelsbetten, Metall-
betten mit Auflage 25.—, Röhrenbetten
mit Auflage 20.—, Chiffonier 12.—,
Dressen 15.—, Teilzahlung, Lieferung
sofort. Weide, Auguststraße 22a.
Kübel-Geh. Christentunde, Scher-
renstraße 5, hat von heute ab eine
billige Möbel-Woche angeht. Verkauf
nach wie vor auf bequeme Teilzahlung
gegen niedrige Anzahlung und auf
Monate verteilte Röhrenzahlung. Die
Haben in enormer Auswahl Speis-
zimmer, Berenzimmer, Schlafzimer,
Röhren, Lederstühle und einzelne
Möbelstücke zu bedeutend herabgesetzten
Preisen. Nur schnell entlosten
Käufer können wirklich Vorteile er-
zielen.

Wohnter Kauf Winkelstraße 19.
Schulplaten lauft und Umbau
Schulhauser Allee 50, Hof 1.

Unterricht
Rechenlehre, Aufzählungsbücher begin-
nen, Privatunterricht-Schnellkurs lehr-
zeit. Stenografie, Tempelhof Allee 1a,
Hofseite 10.
Kochlehre 17.—, Substitutium,
Friedrichstraße 21. 5455b

Verschiedenes
Reihens Wohnungstraße 92 ist wieder
eröffnet. 5455b

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Stricker und Strickerinnen für Han-
delswaren lauft Henrich Stricker Allee 1a,
Alexanderstraße 7a. 57/15*

Straßenhändler
gegen lesten Lohn u. Provision sofort
gekauft. Wohnung von 10 bis 5 Uhr
Vorwärts-Verlag G.m.b.H.
Berlin, Lindenstraße 3, Laden

Theater, Lichtspiele usw.
Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 U. Der Elegante
Holländer
Opernhaus
am Köpenickerplatz
7 1/2 U. Madame
Butterfly
Schauspielhaus
7 1/2 U. Fest d. Hand-
werker / Guten Mor-
gen, Herr Fischer!
Schiller-Theater
7 1/2 U. Maria Städelin
Deutsch. Theater
7 1/2 U. Scherz, Satire,
Ironie und tiefere
Bedeutung
Kammerspiele
8 Uhr:
Ingeborg
Theater l. d.
Königgrätzer Str.
Die Dame mit d.
Scheidungsgeld
Komödienhaus
Die Kleine
vom Varieté
Berliner Theater
7.30 Uhr: DOLLY
Besidenz-Theat.
Premiere
Androsius u.
der Löwe
von Bernh. Shaw
u. Trianon-Th.
Erika Gläuser in
Joujou
Rose-Theater
7 1/2 U. Der Kauf-
mann v. Venedig

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30 Direktion Eichhorn
Eröffnung der Operetten-Spielzeit
Freitag, 1. Februar, 8 Uhr
mit der Novität
Der dumme August
Operette in 3 Akten von Bruno Decker u. Rob. Pohl
Musik von Rudolf Glatzer
Spielzeit: Max Walden u. Tänze: Egon Kangelisdorf

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30 Direktion Eichhorn
Eröffnung der Operetten-Spielzeit
Freitag, 1. Februar, 8 Uhr
mit der Novität
Der dumme August
Operette in 3 Akten von Bruno Decker u. Rob. Pohl
Musik von Rudolf Glatzer
Spielzeit: Max Walden u. Tänze: Egon Kangelisdorf

Neue Welt
Inhaber: A. Scholz Hasenheide 108-114
Täglich
BOCKBIER-FEST
In den bayerischen Alpen
8 Kapellen • Bayerische Mad'l • Rutschbahn
Heute, Mittwoch, den 30. Januar:
Original Münchener Weißwürstl
Eintat 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Voranzeige! Donnerstag, den 31. Januar:
Großes Schweineschlachten

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30 Direktion Eichhorn
Eröffnung der Operetten-Spielzeit
Freitag, 1. Februar, 8 Uhr
mit der Novität
Der dumme August
Operette in 3 Akten von Bruno Decker u. Rob. Pohl
Musik von Rudolf Glatzer
Spielzeit: Max Walden u. Tänze: Egon Kangelisdorf

Neue Welt
Inhaber: A. Scholz Hasenheide 108-114
Täglich
BOCKBIER-FEST
In den bayerischen Alpen
8 Kapellen • Bayerische Mad'l • Rutschbahn
Heute, Mittwoch, den 30. Januar:
Original Münchener Weißwürstl
Eintat 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Voranzeige! Donnerstag, den 31. Januar:
Großes Schweineschlachten

Musikinstrumente
Vienna preiswert. Klaviermoder,
Einf. Brunnenstraße 13.
150. Übungsflügel, Selonpianos
billig. Dronienstraße 60.

Kaufgesuche
Schallplatten, zerbrochen, abge-
spielte, Also 1.00 gibt Weisloch,
Friedrichstraße 9.

2 Radfahrer
14 bis 16 Jahre alt,
mit eigenem Rad,
sucht
Vorw.-Bedruckerel,
Berlin SW 68,
Lindenstr. 1, IV. Hof,
Druckerel-Expedit.

Schul-Maschinen
Zwickel
Geübter
Maschinen-Zwickel
ber auch mit Knopf-
maschinen bekannt,
kann foglich behind.
Arbeit auf meiner
Fabrik betimmen.
N.M. Holbaek
Rendern, Dänemark

Berlin-Burger Eisenwerk
Aktiengesellschaft
Berlin W. 8, Friedrichstrasse 77
sucht zum Besuch der Verbraucher-Kundschaft
von Berlin und Umgegend tüchtige
Reisevertreter
mit guten Kenntnissen und Erfolgen im Stabeisen- und Blech-
geschäft, sowie persönlichen Beziehungen zu den einschlägigen
Abnehmerkreisen. Schriftliche Meldungen mit Bild, Zeugnis-
abschriften und Gehaltsansprüchen erbeten. 138/7